

Vorweg die Ukraine Berichte Teile 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1.- nach dem Prinzip der Matrjoschka – Puppe in Puppe - (unter diesem Link):
<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Berichtre-Teil-9.pdf>

(**Tipp:** Falls nötig, bei TAZ-Berichten auf den Butten „gerade nicht“ klicken.)

Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

Hier nun weitere Berichte zur Ukraine als Teil 10:

.) 16. April 2022 Ostermarsch Kassel – Arbeiterpolitik :

Ein Redebeitrag von Rolf Becker

Dank für Euer Kommen trotz aller vorausgegangenen Diffamierungen unseres Anliegens – Dank, dass ich hier heute zu Euch sprechen darf. Ich freue mich sehr über die Transparente hier auf dem Platz, deren Aufschriften ich zustimmen kann – anders als in Hamburg, wo das Deutsche Schauspielhaus, geschmückt mit einer großen blaugelben Fahne und nachts zusätzlich blau-gelb angestrahlt in Leuchtschrift fordert „Solidarität mit der Ukraine“. Widerspruch meinerseits und ich denke auch Eurerseits: Unsere Solidarität gilt der leidenden Bevölkerung in der Ukraine, nicht dem Staat.

Neueste Kommentare

- Sebastian Kenn bei [Kriegsgefahr – wer will was?](#)
- Friedhelm Winkel bei [Früher wie heute:
Die Ukraine im Visier imperialistischer Interessen Deutschlands](#)
- Gisela bei [Jürgen Michallek
8.9.1950 – 22.12.2021](#)
- [Wal Buchenberg](#) bei „Das Letzte, was wir brauchen, ist eine weitere Aufrüstung!“
- [Lenze](#) bei „Das Letzte, was wir brauchen, ist eine weitere Aufrüstung!“

.) **Drehkreuz für Waffenhandel** : <https://www.jungewelt.de/artikel/425111.h%C3%A4ndler-des-todes-drehkreuz-f%C3%BCr-waffenhandel.html> - Initiative plant Hamburg-Tribunal zur Rolle der Hansestadt im internationalen Rüstungsgeschäft - Kehrseite der

Milliardengewinne mit dem Waffengeschäft: Krieg, Tod und Verderben
(Sanaa/Jemen, 2.7.2020)

Im Sommer 1920 wurden über den Hamburger Hafen Waffen für die polnische Armee verschifft, die in der Ukraine einen imperialistischen Stellvertreterkrieg gegen Sowjetrußland führte. Der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Hamburg, Ernst Thälmann, fuhr damals mit einer Barkasse von Dampfer zu Dampfer, um nach getarnten Rüstungsgütern zu suchen und einen Streik gegen die Verschickung der Waffen zu organisieren. Über 100 Jahre später ist der größte deutsche Seehafen weiterhin zentraler Umschlagplatz für Rüstungsgüter. Täglich werden rund 1.000 Tonnen Munition von dort in die Kriegs- und Krisengebiete in aller Welt verschifft, außerdem Kleinwaffen, aber auch Panzer und anderes schweres Kriegsgerät.

Damit drängt sich die Hansestadt als Veranstaltungsort für ein Tribunal zum deutschen und europäischen Waffenhandel und dessen tödlichen Folgen förmlich auf. Auf einer per Livestream übertragenen Pressekonferenz stellten die Veranstalter vom Verein Friedenskultur und Friedensbildung e. V. und einige Mitwirkende am Freitag in Hamburg ihr Konzept für das vom 1. bis 3. Juli in der Kulturkirche St. Johannes in Hamburg-Altona in Zusammenarbeit mit der Bertrand Russel Peace Foundation geplante Hamburg-Tribunal vor. Aufgezeigt werden sollen dort anhand von Beispielen aus dem Jemen, Nordsyrien, Mexiko und Kolumbien die Verantwortung des Hamburger Senats, der Bundesregierung und der Rüstungsfirmen für Tod und Verderben in diesen Ländern, führte Tribunalkoordinator Martin Dolzer aus.

Hamburg spiele eine besondere Rolle als »Facilitator« – Mittler und Dienstleister – im Waffenhandel, wies der Autor des Buches »Waffenhandel: Das globale Geschäft mit dem Tod« Andrew Feinstein auf die neben den »finsternen Gestalten« der Waffenhändler vom Milliardengeschäft profitierenden Banken, Anwaltskanzleien und Logistikunternehmen hin. Für Deutschland konstatiert der Südafrikaner eine besonders enge Zusammenarbeit zwischen Staat, Militär und Rüstungsunternehmen – nicht zuletzt über Parteispenden. 40 Prozent der globalen Korruption seien auf Rüstungsgeschäfte zurückzuführen, so Feinstein, der beim Tribunal als Experte auftreten wird.

Der Völkerrechtler **Norman Paech**, der von Personen des öffentlichen Lebens, Juristen und Aktivisten gebildeten Tribunaljury vorsitzen wird, erinnerte an die Tradition solcher Tribunale, beginnend mit dem Vietnam-Tribunal 1966 in Stockholm. Deren Aufgabe sei es, rein juristisch auf Basis der geltenden Gesetze und Kodifikationen durch zivilgesellschaftliche Initiative das an Aufklärung nachzuholen, was die Staaten schuldig geblieben sind. »Wir stehen also vor der Schwierigkeit, die politische Frage von der juristischen zu trennen«, so Paech. Auch wenn er persönlich jeglichen Waffenexport ablehne – auch an die Ukraine, da sie den Krieg nur

verlängerten – gelte es zwischen legalen, der Verteidigung dienenden und illegalen, weil für Angriffskriege genutzten Rüstungslieferungen zu unterscheiden.

»Das Konzept der Legalität erscheint vollständig bankrott, wenn staatliche Akteure selbst daran beteiligt sind, gewalttätige Konflikte in Gang zu halten«, meint die juristische Koordinatorin des Tribunals Valentina Azarova. Die

Rechtswissenschaftlerin verweist dabei insbesondere auf den Jemen, wo permanenter Waffennachschub alle Bemühungen um ein Ende des seit 2014 tobenden Krieges durchkreuzt.

Ergänzt wird das Tribunal durch ein Ende April beginnendes Bildungsprogramm und eine Friedenswoche Ende Juni.

.) Libyen: Drohender Angriff auf die Energieversorgung : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163228.libyen-drohender-angriff-auf-die-energieversorgung.html> - Drohender Angriff auf die Energieversorgung

Die russische Wagner-Gruppe verbreitet in Libyen noch immer Terror. Das passt durchaus in Moskaus Strategie. Die westlibyschen Milizen rechnen mit einem Wiederaufflammen des Krieges. Nach dem Rückzug der russischen Armee aus den nördlichen Vororten von Kiew durchstreifen französische und ukrainische Ermittler in weißen Schutzanzügen die Ruinen. In den Kleinstädten Butscha und Borodjanka wurden bisher mehrere Hundert Tote geborgen, viele Opfer weisen Spuren von Folter auf. Um die Kriegsverbrechen vor Gericht zu bringen, dokumentieren Experten die Gräueltaten mit Kameras.

Auch in Libyen berichten Medien über die vielen zivilen Opfer des Ukraine-Krieges. In Tripolis erinnern die Schilderungen von Massengräbern viele Menschen an die 18-monatige Belagerung der Hauptstadt des nordafrikanischen Landes. Mehr als 200 000 Menschen hatten zu Beginn der Kämpfe im Frühjahr 2019 das Kampfgebiet im Süden von Tripolis verlassen.

»Viele Libyer werden durch den Krieg in Europa gerade retraumatisiert«, sagt der Menschenrechtsaktivist Mohamed dem »nd«. Tatsächlich droht neue Gefahr. Die ehemaligen Belagerer von Tripolis scheinen erneut einen Angriff vorzubereiten. Deshalb möchte der 28-Jährige seinen Nachnamen nicht gedruckt sehen. Das könnte ihn in Gefahr bringen. Viele Libyer befürchten, dass der Konflikt zwischen Russland und dem Westen ausgehend vom Ukraine-Krieg auch ihr Land ergreifen könnte.

»In Libyen wird auch fast zwei Jahre nach Kriegsende Jagd auf alle gemacht, die offen über die Kriegsverbrechen reden«, sagt Mohamed. Noch immer befinden sich viele Kämpfer der privaten russischen [Sicherheitsfirma Wagner](#) im Land. In dem derzeitigen [Machtvakuum in Libyen](#) und zwei miteinander konkurrierenden Regierungschefs sieht der Kreml offenbar die Chance, eine zweite Front gegen den Westen aufzumachen. Wagner-Söldner helfen offenbar bei der Blockade zweier Ölhäfen im Osten des Landes.

.) [HTTPS://MAKROSKOP.EU/SPOTLIGHT/IM-KRIEG-MIT-RUSSLAND:](https://makroskop.eu/spotlight/im-krieg-mit-russland)

Kompromissfrieden oder Siegfrieden?

<https://makroskop.eu/spotlight/im-krieg-mit-russland/kompromissfrieden-oder-siegfrieden/>

Neues Papier von Peter Wahl, erschienen in Makroskop

Von [Peter Wahl](#)

| 14. April 2022

Das Narrativ vom Krieg als Zeitenwende, als singuläres Ereignis in Kategorien biblischer Kometen, leistet der Deeskalation des Konflikts einen Bärendienst. Der russische Einmarsch in die Ukraine war für Friedensengagierte und vor allem für linke Milieus nicht nur eine Überraschung, sondern auch ein regelrechter Schock. Er hat bei manchen zu einer so enormen Verunsicherung geführt, dass Fundamente des eigenen Denkens, wie das Axiom „Frieden schaffen ohne Waffen“ zu bröckeln beginnen und Panzerlieferungen der NATO an Kiew salonfähig wurden. Die Schockwirkung beruht auf der Ent-Täuschung darüber, dass Russland jetzt genau die gleichen Methoden anwendet, deren der Westen sich schon lange bedient. Und wenn man sich getäuscht hat, ist es ja erst einmal ehrenwert, die eigenen Positionen in Frage zu stellen.

Aber selbstkritische Überprüfung der eigenen Position ist eine Sache. Eine andere, sich ins Kielwasser der NATO zu begeben und den Weg zur Beendigung des Krieges in Kategorien von Sieg und Niederlage, statt politischer Verhandlungen und eines Kompromissfriedens zu sehen. Es kommt darauf an „weder von der Macht der anderen,

noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen,“ wie Adorno in seinem Aphorismus aus den *Minima Moralia* formulierte.

Denn das herrschende Narrativ verlangt ja nicht weniger, als diesen Krieg als Zeitenwende,

als singuläres Ereignis zu nehmen, das weder in einen strukturellen Kontext – die Geopolitik der letzten zwei Jahrzehnte - noch einen konkreten historischen Zusammenhang

– die postsowjetische Eskalationsgeschichte der Beziehungen Russland-Ukraine – eingebunden ist. Die Rede von der Zeitenwende denkt den Krieg in Kategorien biblischer Kometen, die vom Himmel stürzen und der Menschheit Außergewöhnliches verkünden.

Die politische Funktion ist klar: nur so kann man den russischen Angriff zum moralischen Absolutum erklären und damit einen gesellschaftlichen Konsens formieren, der die Rolle des Westens für sein Zustandekommen tabuisiert und die Strategie der weiteren Befeuerung und Eskalation des Krieges legitimiert.

Der Westen spielt auf Sieg

Denn nach sechs Wochen Krieg wird immer deutlicher, dass weder die USA/NATO noch die EU auch nur den geringsten Versuch unternehmen, mit Verhandlungsangeboten Druck auf Moskau auszuüben, um wenigstens einen Waffenstillstand und den Beginn von Verhandlungen zu erreichen. Dabei hatte die EU noch 2008 beim Fünftage- Krieg um Süd-Ossetien^[1] einen Kompromiss zwischen Georgien und Russland vermittelt, der bis heute Bestand hat. Damals hatte Frankreich die EU-Präsidentschaft und es war Sarkozy, der die Verhandlungen führte.

Heute wird stattdessen mit Waffenlieferungen und der Eskalation des Wirtschaftskrieges – euphemistisch als „Sanktionen“ bezeichnet – weiter Öl ins Feuer gegossen. Die EU ist an der Seite der USA und der NATO Kriegspartei. Es zeichnet sich jetzt immer deutlicher ab, dass der Westen auf Sieg spielt. *Siegfrieden* – so ein Schlagwort, das im Ersten Weltkrieg eine große Rolle spielte – ist das strategische Ziel. Es geht darum Russland eine Niederlage zu bereiten, oder es mindestens maximal zu schwächen und innenpolitisch zu destabilisieren.

Dazu kann man einen möglichst raschen Verhandlungs- und Kompromissfrieden nicht gebrauchen. Anscheinend sind zumindest Teile der ukrainischen Führung auch dieser Meinung. So sagte der ukrainische Botschafter in Berlin, Melnyk, im Interview mit der FAZ:

„Ich glaube, dass die Weltöffentlichkeit jetzt aufwachen und uns nicht mehr dazu zwingen sollte, diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden, eine Waffenruhe einzuführen, ohne Abzug der russischen Truppen.“ (6.4.2022; S.9)

Die Verlängerung des Krieges, noch mehr Opfer sowie das Risiko eines Kontrollverlustes werden dabei in gleicher Weise in Kauf genommen, wie Russland das tut. Das legitimiert nicht den russischen Einmarsch, aber es holt das offizielle Narrativ des Westens von seinem moralischen Podest herunter.

Der humanistische Kern emanzipatorischer Friedenspolitik

Das Setzen auf Sieg steht im diametralen Widerspruch zu einer emanzipatorischen Friedenspolitik. Deren Kern besteht gerade darin, militärische Gewaltanwendung wegen ihrer Inhumanität prinzipiell abzulehnen. Denn es gehört zum Wesen des Krieges, dass er die Normen der Zivilisation aufhebt, der Gewalt freien Lauf lässt und Hass und Brutalität von der Kette lässt. Krieg ist ein Rückfall in Barbarei – nicht nur in der Ukraine.

Das beginnt mit der formellen Aufhebung des Tötungsverbots gegenüber dem Militärpersonal auf beiden Seiten, bis zur Relativierung des Tötungsverbots von Zivilisten als Kollateralschaden. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an eines von unzähligen Beispielen: dem Luftangriff im afghanischen Kundus im September 2009, befohlen vom Obersten der Bundeswehr, Georg Klein, fielen mindestens 91 Zivilisten zum Opfer, darunter zahlreiche Kinder. Versuche, das als Kriegsverbrechen zu ahnden, scheiterten vor mehreren Gerichten. Klein wurde inzwischen zum General

befördert. Dass im Medienzeitalter die Brutalisierung dann von jeder Seite auch noch propagandistisch ausgeschlachtet und politisch instrumentalisiert wird, gehört ebenfalls zur Kriegslogik. Der jeweilige Feind ist die Inkarnation des Bösen schlechthin, das jeweilige „Wir“ dagegen, das sind „die Guten.“

Auch das Argument, *die Weltgemeinschaft* dürfe das Verhalten Russlands nicht tolerieren, ist höchst problematisch. Und das nicht einmal primär, weil diese Weltgemeinschaft Fiktion ist, wenn man an die zumindest neutrale Haltung von Indien, China, Brasilien, Südafrika, Pakistan, Israel und zahlreichen anderen Ländern denkt. Sondern weil es ein fundamentales Merkmal des internationalen Systems ist – im Unterschied zum Inneren der Staaten – keine oberste Gerichtsbarkeit und eine ihr folgende Exekutive zu haben.

Der UN-Sicherheitsrat, dem theoretisch diese Rolle zugedacht war, wird durch die Vetomächte blockiert, wenn deren vitale Interessen im Spiel sind. Der zentrale Regulationsmechanismus im internationalen System sind leider nicht die multilateralen Institutionen und das Völkerrecht, sondern die machtpolitischen Kräfteverhältnisse – vor allem an der Spitze der internationalen Hierarchie.

Vor diesem Hintergrund ist es pure Anmaßung, wenn die NATO sich selbst zum Garanten des Völkerrechts ernennt. Al Capone als Richter und Polizist in einer Person bekämpft die Mafia! Das ist nicht die Position emanzipatorischer Friedenspolitik.

Eckpunkte eines Verständigungsfriedens

Kriegsgegner haben schon vor dem 24. Februar immer wieder gewarnt, dass in der Ukraine Krieg droht. Noch am 22.2. heißt es in einem [Aufruf aus der Friedensbewegung](#):

„Die erneute Verschärfung der Krise unterstreicht, wie dringend Deeskalation und Diplomatie sind. (...) Mit immer weiteren Sanktionen und der Verstärkung militärischer Drohkulissen nach dem Motto ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘ auf Sieg statt auf Entspannung zu setzen, führt näher an den Abgrund.“

Allerdings waren diese Stimmen ohne Einfluss, und zwei Tage später war der Krieg da. Aber auch jetzt – und gerade jetzt – gilt für alle, denen ein Ende der Kriegsbrutalitäten tatsächlich das entscheidende Anliegen ist, Alternativen zu seiner Eskalation und seiner Fortsetzung stark zu machen.

Selbst wenn das zunächst weder Putin, noch Joe Biden und Selenskij beeindruckt, muss unserer Öffentlichkeit gegenüber demonstriert werden, dass es Alternativen zu Waffenlieferung und Wirtschaftskrieg gibt, und wie sie aussehen könnten. Nur so kann die Fixierung auf das Alles oder Nichts, Sieg oder Niederlage aufgebrochen werden.

Dabei hat Deeskalation absolute Priorität: militärisch, wirtschaftlich und an der Heimatfront von ARD bis ZDF, von FAZ bis TAZ. Dann muss die Akzeptanz für Kompromisse gefördert werden, denn in einem Verständigungsfrieden müssen alle Seiten von Maximalpositionen abrücken.

Auch Vorschläge für Vermittler, die für beide Seiten akzeptabel sind, sollten ins Spiel gebracht werden. Am ehesten kämen dabei neutrale Länder in Frage, zum Beispiel Indien. Am Anfang von Verhandlungen stehen immer eine Waffenruhe und Gefangenenaustausch. Dann ist ein Gesamtpaket zu schnüren, das die Interessen beider Seiten, aber eben auch Kompromisse enthält. Im Zentrum des Abkommens müsste gegenüber Russland eine Garantie für die Neutralität der Ukraine stehen. Also keine NATO-Mitgliedschaft, auch nicht in verkappter Form. Gegenstück müsste der Rückzug der russischen Truppen sowie die Akzeptanz einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine durch Moskau stehen, allerdings unter Ausklammerung von Artikel 42 der Verträge, der die militärische Komponente der EU-Mitgliedschaft betrifft. Wichtiger Teil eines Verhandlungsfriedens wäre dann ein internationales Wiederaufbauprogramm für die Ukraine, inklusive Donbass.

Für den Status des Donbass wäre zunächst eine Autonomie anzustreben, überwacht durch UNO-Friedenstruppen. Nach einer Übergangszeit könnte eine Volksabstimmung über Unabhängigkeit oder Zugehörigkeit zur Ukraine oder Russland unter internationaler Aufsicht stattfinden. Als Modell könnte das Referendum im Saarland 1955 dienen, das bis dahin unter französischer Verwaltung stand, und bei dem sich die Mehrheit für die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik entschied. Zug um Zug wären dann die Sanktionen abzubauen. Schließlich sollte der Westen die Zugehörigkeit der Krim zu Russland anerkennen, und Russland die Unabhängigkeit des Kosovo.

So oder so ähnlich könnte ein Kompromiss aussehen, der nicht nur den akuten Krieg beendet, sondern auch den Boden für einen dauerhaften Frieden in der Region bereitet. Denn an der geographischen Realität, dass Russland Nachbar der EU ist, wird sich nichts ändern. Will man nicht eine Erbfeindschaft, wie sie jahrhundertlang zwischen Deutschland und Frankreich herrschte, gilt es auf eine Nachkriegsordnung hinzuarbeiten, die mindestens eine friedliche Koexistenz ermöglicht.

Der damalige georgische Präsident Saakaschwili hatte das Angebot des NATO-Gipfels vom April 2008, die Ukraine und Georgien in die Allianz aufzunehmen, als Blankoscheck interpretiert, und im August versucht, die abtrünnige Provinz Süd-Ossetien militärisch zurückzuerobern. Der Angriff wurde durch russische Truppen zurückgeschlagen, die – damals unter der Präsidentschaft Medwedjews – dann in Richtung Tiflis vorrückten. Der von Sarkozy vermittelte Kompromiss stellte den status quo ante her.

.) Präsidentschaftswahl in Frankreich: Am Desaster vorbeigeschrappt, „Macron ist nicht wiedergewählt worden, weil er überzeugt hat. Den Sieg verdankt er Le Pen. Vor allem linke Wähler hoffen auf eine „dritte Runde“ bei der Wahl im Juni :

<https://taz.de/Prasidentschaftswahl-in-Frankreich/!5850146/> -

.) Würzgassen: Demonstration am 23.04.2022 : <https://www.atomfreies-dle.de/news->

[aktionen/](#) - Rund 700 TEILNEHMER SETZEN BEIM PROTESTMARSCH „LAUT GEGENS LOK“ EINEN LANGEN UND BREITEN FUSSABDRUCK IN DIE STADT.

.) Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingereicht: Demonstranten fordern

Comeback der Kernenergie : [https://www.ka-](https://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Karlsruhe~/verfassungsbeschwerde-in-karlsruhe-eingereicht-demonstranten-fordern-comeback-der-kernenergie;art6066,2784328)

[news.de/region/karlsruhe/Karlsruhe~/verfassungsbeschwerde-in-karlsruhe-eingereicht-demonstranten-fordern-comeback-der-kernenergie;art6066,2784328](https://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Karlsruhe~/verfassungsbeschwerde-in-karlsruhe-eingereicht-demonstranten-fordern-comeback-der-kernenergie;art6066,2784328) - 22.04.2022,

Unabhängigkeit, Wohlstand und Umweltschutz - für den Verein Nuklearia gibt es für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik nur eine Lösung: Die Verlängerung der Kernenergie. 20 Jahre nach der Verabschiedung des Atomausstiegsgesetzes legten Demonstranten nun am Freitag Verfassungsbeschwerde gegen die Abkehr von der Kernkraft ein.

Die Energiegewinnung aus Atomkraft sei angesichts der aktuellen politischen Lage dringender denn je, so der Tenor der Demonstranten. "Wir verbrennen russisches Gas, um Strom zu erzeugen", mahnt Britta Augustin, Mitglied des Vereins Nuklearia. Diese Abhängigkeit sei einfach zu stoppen, "wenn wir die Kernkraftwerke weiter laufen lassen und abgeschaltete wieder in Betrieb nehmen".

Bundestag soll erneut über Atomausstieg abstimmen

Auch in Sachen Klimaschutz würden alle Argumente für die CO2-freie Stromerzeugung aus Atomenergie sprechen. "Die Luft bleibt sauber und wir sparen am Flächenverbrauch", erläutert Augustin. Es werde nicht ausreichen, einfach mehr Solaranlagen und Windräder aufzustellen. Kernkraftwerke seien darüber hinaus auch "wahre Gelddruckmaschinen", die nicht nur Einnahmen erwirtschafteten, sondern auch die Strompreise im eigenen Land niedrig hielten.

In den Augen der Atomkraft-Befürworter war der Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie vor 20 Jahren nach heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen verfassungswidrig. Mit ihrer Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht will die Gruppe erreichen, dass dieser erneut im Bundestag zur Abstimmung vorgelegt wird. Die Chancen dafür - darüber sind sich auch die Demonstranten im Klaren - sind jedoch gering.

Eine Einschätzung: Die Verfassungsbeschwerde wird vom

Bundesverfassungsgericht geprüft ob diese Klage berechtigt ist auf Weiterbetrieb der Atomkraftwerke. Vor Gericht weiß man nicht wie das ausgehen kann. Auf die Begründung einer Ablehnung oder die rechtliche Prüfungen der Entscheidungen der Bundesrepublik Deutschland zum Atomausstiegsgesetz vor 20 Jahren geprüft wird. So oder so, auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgericht bin jetzt gespannt.

Nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG kann jeder, der behauptet, in einem seiner Grundrechte oder bestimmter grundrechtsgleicher Rechte durch die öffentliche Gewalt, also durch den Gesetzgeber, durch Regierung und Behörden oder durch die Gerichte, verletzt zu sein, Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht

erheben.

Auszug:

Der Verein Nuklearia hat gegen das Atomausstiegsgesetz Klage vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht, angeblich weil sich neue „wissenschaftliche Erkenntnisse“ ergeben haben. Diese hätten den Atomausstieg am 22.04.2002 verfassungswidrig gemacht.

Offenbar brauchen wir die Kernenergie noch immer, wenn wir die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen nicht allein durch deutsche Braunkohle und Flüssigerdgas (LNG) aus Katar verringern wollen.

Und dann soll ja auch noch das Klima geschützt werden – und zwar möglichst unter Schonung individueller Freiheit, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Klimabeschluss vom 24. März 2021 in Randnummer 182 verfügt hat. Doch es wird dafür nicht reichen, mehr Windräder und Solaranlagen aufzustellen. Ohne Kernenergie geht es nicht. Das sehen auch der Weltklimarat (IPCC), die EU-Kommission, die Internationale Energieagentur (IEA) und andere Akteure so.

So der Text auf ihrer Homepage weiter unter

<https://nuklearia.de/2022/04/13/zum-jahrestag-verfassungsbeschwerde-gegen-den-atomausstieg/>

.) Info zu Karlsruhe von Anete und weitere Infos :

<https://nuklearia.de/2022/04/13/zum-jahrestag-verfassungsbeschwerde-gegen-den-atomausstieg/> - zur Info: am fr. 22.04.22 war Nuklearia in der Karlsruher Innenstadt, mit einem Stand.

Ca. 15 Männer und 1 Frau.

Neben dem blauen Zelt hatten sie noch einen Stehtisch mit Getränken.

Zwei junge Männer sind mit einer großen Fahne rumgelaufen, darauf waren Greta, Luisa Neubauer und von der Leyen und der Spruch, "wir haben euch nicht gewählt" oder so ähnlich und "Das ist die Macht".

Sie waren sehr aktiv im Leute an quatschen und sind mit einem kleinen Filmteam rumgesprungen.

Um 16 Uhr machten sie eine Demo zum Bundesverfassungsgericht um ihre Verfassungsbeschwerde zu übergeben.

.) 36. Jahrestag Atomkatastrophe Tschernobyl und Krieg - BUND warnt vor Laufzeitverlängerung - Arbeitskreis nimmt zu zivil-militärischen Atomrisiken

Stellung: <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/35-jahre-tschernobyl-mit-jedem-tag-waechst-das-risiko-bund-fordert-sofortigen-weltweiten-atomausstieg/> - Ein technischer Fehler – und große Regionen mitten in Europa werden verstrahlt und unbewohnbar. Viele tausend Menschen werden aus ihrer

Heimat vertrieben, sterben an den Folgen der Radioaktivität. Tschernobyl, Ukraine, Sowjetunion, 1986. Bis heute hält die Katastrophe an. Atomkraftwerke haben das Potential, durch technisches Versagen Europa ins Mittelalter zurück zu explodieren. 2022 hält die Welt abermals den Atem an, als russische Truppen bei ihrem Vormarsch in der Ukraine auch in das Sperrgebiet eindringen und die strahlende Atomruine Tschernobyl besetzen. Der BUND spricht in seiner PM aus Anlass des Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe von diesen Gefahren. Statt unsinniger und gefährlicher Laufzeitverlängerungsdebatten braucht es Erneuerbare und die Stilllegung der beiden Uranfabriken in Deutschland. Der zuständige Arbeitskreis Atom und Strahlenschutz des BUND hat obendrein eine Stellungnahme zu den bisherigen und neuen zivil-militärischen Gefahren der Atomenergie vorgelegt.

.) Putins Angriffskrieg und die nukleare Sicherheit in Europa :

https://www.youtube.com/watch?v=_I5Mk6zUYs0

.) Mehr als 20 Länder haben nach US-Angaben ihre Teilnahme an der Ukraine-Konferenz auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein zugesagt.

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hatte für Dienstag zu dem Treffen in Ramstein eingeladen: rp-online.de/politik/ausland/ukraine-treffen-in-ramstein-was-die-usa-auf-die-tagesordnung-setzen_aid-68399321 - Was die USA für die Ukraine-Beratungen in Ramstein auf die Tagesordnung setzen wird der Vorgang nicht hinterfragt. Auch nicht in der Meldung der Augsburger Allgemeinen. Ukraine-Treffen in Ramstein: Termin, Länder, Themen ...

augsburger-allgemeine.de/politik/ukraine-treffen-in-ramstein-termin-laender-themen-id62450256.html - Der Umgang mit solchen Vorgängen, der Umgang mit der Begrenzung und Beschädigung unserer Souveränität ist in den letzten 30 Jahren nicht besser, sondern schlechter geworden. 1991 hatte der Landtags-Spitzenkandidat der SPD, Rudolf Scharping, im Wahlkampf noch die Forderung aufgestellt, Rheinland-Pfalz dürfe nicht zum Flugzeugträger der USA in Europa werden. Scharping knickte damals dann als gewählter Ministerpräsident nach einem USA-Besuch ein. Aber immerhin hatte er das Problem zu einem Thema der öffentlichen Debatte gemacht. Das ist offensichtlich vorbei. Heute kümmert sich weder in den Medien noch in der Politik jemand darum, ob auf deutschem Territorium Versammlungen und Ereignisse stattfinden, die unsere Sicherheitslage betreffen und beeinträchtigen können.

.) Christian Ströbele zum Ukrainekrieg: „Man muss Putin alles zutrauen“ :

<https://taz.de/Christian-Stroebele-zum-Ukrainekrieg/!5846913/> Christian Ströbele, langjähriger Grünen-Abgeordneter, warnte oft vor Aufrüstung, unterstützte bewaffnete Befreiungsbewegungen. Was sagt er jetzt?

Christian Ströbele: Ich war schockiert. Ich ging fest davon aus, dass Putin die russischen Truppen nicht die Ukraine angreifen lässt. Nicht weil ich ihn für einen Ehrenmann gehalten hätte, sondern weil ich dachte, er ist ein schlauer Fuchs und begeht keine solche kolossale Dummheit wie diesen Angriffskrieg.

.) Polen will deutsche AKW leasen : <https://notesfrompoland.com/2022/04/25/polish-left-proposes-europe-day-holiday-and-leasing-german-nuclear-plants/> - Polish Left proposes "Europe Day" holiday and leasing German nuclear plants | Notes From Poland.

.) Brisante Luftfracht / Nuc-geschäfte mit RUSSLAND

jungle.world/artikel/2022/16/brisante-luftfracht

21.04.2022 Von [Detlef zum Winkel](#)

Der Betrieb **osteuropäischer Nuklearanlagen** ist von **russischen Lieferungen** abhängig. Vor allem osteuropäische EU-Staaten sind für den Betrieb ihrer Nuklearanlagen von Lieferungen aus **Russland** abhängig. Für diese gibt es sogar Ausnahmen von den Sanktionen.



Begehrter Rohstoff. In der Region Kurgan lässt Rosatom Uran abbauen. Mehrere Sanktionspakete der **Europäischen Union**, der **USA** und **Großbritanniens** haben **Russland** bisher nicht beeindruckt. Klar ist, dass Maßnahmen gegen Energieexporte das Land weit empfindlicher treffen würden als alles, was bisher beschlossen worden ist. Können **Öl- und Kohleeinfuhren** kurzfristig beendet werden? Lässt sich die **Abhängigkeit von russischem Gas** nicht schneller reduzieren, als von **Regierungen** und **Großkonzernen** behaupten? Diese Fragen werden intensiv diskutiert. Bemerkenswert wenig Aufmerksamkeit findet dagegen das

Nukleargeschäft. Dabei ist es alles andere als unbedeutend, zumal die **Atomlobby** unablässig eine Renaissance für ihre Branche fordert.

Der russische Staatskonzern **Rosatom**, eine Holding, die aus einem Geflecht von **Tochterfirmen** mit zusammen **zwölf Milliarden Euro Jahresumsatz** besteht, ist weltweit wie kein zweiter Konzern am **Neubau von Atomkraftwerken** beteiligt. Der Gesamtwert seiner **Auslandsprojekte** beläuft sich **Schätzungen** zufolge auf **100 bis 200 Milliarden US-Dollar**. Nach eigenen Angaben unterhält **Rosatom Verträge mit 35 Staaten** und ist derzeit im **Bau von 30 Reaktoren** involviert. Auch beim **Handel mit Natururan** und **angereichertem Uran** sowie mit **radioaktiven Isotopen** zu Forschungs- oder medizinischen Zwecken spielt **Russland** eine dominante Rolle. In die **EU** haben die **osteuropäischen Mitgliedsländer Atomreaktoren sowjetischer Bauart** eingebracht, von denen **16 Meiler noch immer in Betrieb** sind. Es handelt sich um zwei Reaktoren im **AKW Kosloduj** in **Bulgarien**, vier Reaktoren im **AKW Dukovany** sowie zwei weitere im **AKW Temelín** in **Tschechien**, vier Reaktoren im **AKW Paks** in **Ungarn**, zwei Reaktoren im **AKW Bohunice** sowie zwei weitere im **AKW Mochovce** in der **Slowakei**. Zwei Reaktoren sowjetischen Typs sind im **AKW Loviisa** in **Finnland** in Betrieb. Bei einem EU-Beitritt der **Ukraine** kämen 15 weitere Meiler hinzu, von denen sechs zum **AKW Saporischschja** gehören, das zurzeit von der **russischen Armee** besetzt ist.

Der Konzern **Siemens** war und ist maßgeblich daran beteiligt, die **Rosatom-Anlagen** so aus- und umzurüsten, dass sie den Sicherheits- und Betriebsvorschriften der EU halbwegs entsprechen.

Doch es geht nicht nur um diese **Altanlagen**. In der **Slowakei** werden die Reaktoren **Mochovce-3 und -4** nach jahrzehntelanger Einmottung derzeit zu Ende gebaut. **Ungarn** hat bei Rosatom **zwei neue Reaktoren** bestellt, den Vertrag haben Ministerpräsident **Viktor Orbán** und der russische Präsident **Wladimir Putin** 2014 unterzeichnet – unmittelbar nach der russischen Annexion der **Krim** und ohne vorherige Ausschreibung. Auch **Finnland** wollte für **ein neues AKW in Hanhikivi** bei **Rosatom** kaufen, will das Projekt aber angesichts des russischen Überfalls auf die **Ukraine** überprüfen. **Orbán** hingegen bleibt unbeirrt – er hat gerade die Wahl gewonnen.

Einen seiner wichtigsten Exporterfolge konnte **Rosatom** in der **Türkei** verbuchen. Dort errichtet das Unternehmen das **Atomkraftwerk Akkuyu** in der Nähe von **Mersin** mit einer geplanten **Leistung von 4,8 Gigawatt**. An **drei Reaktoren** wird bereits gebaut, der erste soll angeblich im kommenden Jahr in Betrieb gehen. Das Projekt macht deutlich, worin die Attraktivität Rosatoms für seine Kunden liegt: Eine **türkische Firma**, die sich zu 100 Prozent in russischem Eigentum befindet, baut die Anlage, ist deren Eigentümer und soll sie auch betreiben. **Rosatom** investiert angeblich 20 Milliarden US-Dollar, dem **türkischen Staat** entstehen keine Kosten. **Rosatom** soll auch die abgebrannten Brennelemente wieder zurücknehmen, an

Plutonium würde es **Russland** dann nicht mangeln. Der türkische Präsident **Recep Tayyip Erdoğan** riskiert anscheinend nichts – außer einer Verstrahlung der türkischen Südküste und einer **Abhängigkeit von Russland**.

Alle diese Reaktoren müssen **mit russischen Brennelementen betrieben** werden. Eine Ausnahme macht nur die **Ukraine**. Dort wurde in **zwei Kraftwerken** eine aufwendige und **nicht ungefährliche Umstellung auf Brennelemente von Westinghouse** vorgenommen. Das US-Unternehmen lässt diese im schwedischen **Västerås** herstellen, das angereicherte Uran kam bisher von der **deutsch-niederländisch-britischen Urenco-Gruppe**. Auch die **Schweiz** setzt in den **AKW Beznau** und **Leibstadt** Brennelemente von **Rosatom** ein.

Die Empfänger dieser Lieferungen sind offenbar so wichtig, dass sie **problemlos Ausnahmen** von den verhängten Sanktionen durchsetzen können. Da der übliche **Transportweg per Zug durch die Ukraine wegen des Kriegs nicht genutzt werden kann**, sind bereits mindestens **drei Lieferungen per Luftfracht** vorgenommen worden. Dazu wurden **die Flugverbote für russische Fluggesellschaften kurzerhand aufgehoben**. Noch interessanter ist die Frage, wie es überhaupt zu **Genehmigungen** für solche **Flüge mit schwerer radioaktiver Beladung** gekommen ist: War die **Internationale Atomenergie-Organisation** damit befasst? Die betroffenen Umweltbehörden? Die Flugsicherheit?

Wer nun glaubt, mit diesen vorwiegend osteuropäischen Besonderheiten habe die **Bundesrepublik** nichts zu tun, irrt sich. Der **Konzern Siemens** war und ist maßgeblich daran beteiligt, die **Rosatom-Anlagen** so **aus- und umzurüsten**, dass sie den Sicherheits- und Betriebsvorschriften der EU halbwegs entsprechen. Noch enger ist die Verbindung bei der Urananreicherung. **Urenco** betreibt in **Gronau** (Westfalen) eine **Urananreicherungsanlage**, die schätzungsweise **20 Prozent ihres Urans aus Russland** bezieht und ihren Abfall (**abgereichertes Uran**) lange Zeit diskret in **Sibirien** entsorgt hat. Angeblich will das Unternehmen jetzt die Lieferungen »in beide Richtungen« stoppen.

Die Zusammenarbeit war bislang derart vertrauensvoll, dass die französische **Framatome**, der die **Brennelementefabrik ANF in Lingen** gehört, die **Rosatom-Tochter TWEL** an dieser Fabrik beteiligen wollte. Die **Anti-AKW-Bürgerinitiativen des Emslands** fordern vom deutschen Wirtschaftsminister **Robert Habeck**, ein Veto gegen das geplante Joint Venture einzulegen, doch der **behauptet, der Antrag sei zurückgezogen** worden.

Immerhin brachte eine **fraktionsübergreifende Gruppe von Abgeordneten im Europaparlament** Ende Februar eine **Beschlussvorlage** ein, um die **Mitgliedsländer der EU** aufzufordern, jegliche **Zusammenarbeit mit Russland im Nuklearbereich zu beenden**. Anfang April wurde freilich nur beschlossen, dass »die Inanspruchnahme von Dienstleistungen von **Rosatom** schrittweise einzustellen« sei. Nichts deutet darauf hin, dass die **EU-Kommission** von ihrer historischen Fehlentscheidung

abrücken könnte, die **Atomenergie als »nachhaltig« in ihre Taxonomie aufzunehmen**. Nun muss sie zur Kenntnis nehmen, dass es sich um eine Nachhaltigkeit von Putins Gnaden handelt.

.) Fakt ist! Aus Dresden | MDR.DE : <https://www.mdr.de/tv/programm/sendung-749166.html>

- Krieg und Frieden, Gut und Böse - auch sprachlich wird beim Thema Ukraine in diesen Wochen aufgerüstet. Da ist die Rede vom "deutschen Lumpen-Pazifismus" oder der "fünften Kolonne Putins". Wegen seiner zögerlichen Haltung, schwere Waffen zu liefern, trage Deutschland eine Schuld für das Sterben in der Ukraine, sagen Kritiker.

Leisten wir uns im vermeintlich sicheren Deutschland wirklich eine Luxus-Debatte, während sich das Leiden im Osten Europas jeden Tag fortsetzt? Oder sind nicht gerade jetzt Zweifel und Zwischentöne wichtig? Denn: Viele Menschen haben Angst vor einem Dritten Weltkrieg. Wer kann in der jetzigen Situation schon voraussagen, ob und wann Putin ein westliches Eingreifen als Kriegserklärung deutet? Und überhaupt: Ist die Diplomatie am Ende?

Schwierige Fragen, auf die "Fakt ist!" Antworten sucht. Andreas F. Rook diskutiert sie mit:

* Ernst-Jörg von Studnitz, ehemaliger Diplomat und Botschafter a.D.

* Ruth Misselwitz, Pfarrerin und Bürgerrechtlerin

* Professor Sönke Neitzel, Militärgeschichtler

* Ingar Solty, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik

.) Aufrüstung: Auf sicherem Börsenkurs : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163247.aufruestung-auf-sicherem-boersenkurs.html> -

Das Rüstungsunternehmen Rheinmetall verdient am Krieg – und an dessen Vorbereitung in Russland. Deutsche Panzer - wie ein "Puma" - sind wieder gefragt. Gerade hat das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri seinen Rüstungsbericht für 2021 vorgelegt. In der Liste belegte Deutschland Platz 7. Der von Russland vor gut zwei Monaten gegen die Ukraine losgetretene große Krieg wird in diesem Ranking für manche Verschiebungen sorgen. Nicht nur, weil Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nur wenige Tage nach Kriegsbeginn ein [Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro](#) für die Bundeswehr angekündigt hat. Der Rüstungsetat steigt ohnehin, und fast täglich ist über neue Exportverträge zu berichten.

Jüngst hat die Bundesregierung nun auch noch zwei Milliarden Euro zusätzlich für Waffenkäufe zur Verfügung gestellt. Davon sind rund 1,4 Milliarden für die Bewaffnung der Ukraine bestimmt. 400 Millionen werden in die sogenannte European Peace Facility einfließen. [Gut für die Wirtschaft](#), heißt es an den Börsen. Gut für die Beschäftigung, hört man aus Gewerkschaftskreisen. Beispiel Rheinmetall. Die

Aktienkurse des großen deutschen, aber auch international gut aufgestellten Rüstungskonzerns haben sich auf hohem Niveau eingependelt. Wer sich die Jobangebote der Landsysteme GmbH mit ihren Niederlassungen in Unterlüß, Kassel, Kiel, Flensburg und Hamburg anschaut, kommt aus dem Staunen kaum heraus. Man ist stolz auf »die umfassende Kampfpanzer-Systemexpertise«, will dabei mit dem »Lynx«, der demnächst auch in der Slowakei hergestellt werden soll, neue Wege gehen. Der Schützenpanzer »Puma« bestimmt – obwohl verspätet und nicht qualitätsgerecht geliefert – die Zukunft des deutschen Heeres. Als Radpanzer stellt man »Boxer« und »Füchse« bereit, dazu allerlei Pioniergerät und Transporttechnik. Russland hatte den Krieg gegen die Ukraine kaum begonnen, da stand Rheinmetall »auf der Matte«. Man war bereit, ein großes Stück der ukrainischen Waffenwunschlister abzuarbeiten. Doch neues Material läuft nicht so schnell vom Band. Und es ist teuer. Da erinnerte man sich bei Rheinmetall, dass man noch einige Hallen voll hat mit Material, das Militärs verschiedener Staaten als überzählig zurückgegeben haben – zumeist, nachdem es seine Nutzungsgrenze erreicht hatte. Dazu gehört der Kampfpanzer »Leopard 1«. Der lief vom Band, als Konrad Adenauer Kanzler in Bonn war. 150 Exemplare könne Rheinmetall in kurzer Frist in die Ukraine liefern, hieß es. Wenn die Bundesregierung dem Export schwerer Waffen zustimmt, ließen sich im Rahmen eines Ringtausches mit der Türkei und Griechenland, deren Armeen den Typ noch auf dem Hof stehen haben, ein paar Hundert mehr verkaufen. Auch wenn es derzeit nicht genügend Munition für die Veteranen gibt. Für die Logistik und die Ausbildung der Besatzungen hoffte man, die Bundeswehr gewinnen zu können. Den Trick wollte man auch bei der Lieferung von gebrauchten »Marder«-Schützenpanzern anwenden. Die sollten direkt von der Truppe geliefert werden. Rheinmetall versprach, die Depots rasch wieder aufzufüllen.

Die Koalitionäre von FDP und Grünen klatschten und machen noch immer Lobbyarbeit für Rheinmetall. Doch haben die Manager ihre üppige Rechnung ohne die Bundeswehr und den Kanzler gemacht. Vorerst noch. Denkbar, dass die USA den Druck erhöhen, wenn Verteidigungsminister Lloyd Austin mit anderen Nato-Kollegen im deutschen Ramstein über einer Langzeitrüstungsstrategie für die Ukraine spricht. Das jedenfalls verlautete am Wochenende aus dem Pentagon. Angeblich hat Rheinmetall dieser Tage bereits eine Exportgenehmigung für 100 »Marder« beantragt. Der Bundessicherheitsrat wird entscheiden – wie immer geheim. Doch bereits so ist Rheinmetall bestens im Geschäft. Unter anderem mit dem Radpanzer »Boxer«. Bisher sind rund 1500 Fahrzeuge in 20 unterschiedlichen Versionen geliefert worden oder bereits bestellt. Er wird in vier Nato-Staaten, in Deutschland, den Niederlanden, Litauen und dem Vereinigten Königreich eingesetzt. Nun hat London zusätzlich 100 Stück bestellt. Auch Litauen, das bereits über 88 »Boxer« verfügt, will weitere 120 Stück kaufen. In anderen Staaten preist man – in Kooperation gebaute – Radargeräte an, modernisiert die Mörser der Bundeswehr,

wartet Hubschrauber. Auch in Sachen »Verbrauchsmaterial« ist der Konzern lieferbereit. Das ungarische Verteidigungsministerium hat jüngst ein umfangreiches Munitionspaket im Wert von mehreren Hundert Millionen Euro bestellt. Bis 2031 soll alles geliefert werden – zumeist aus ungarischen Rheinmetall-Fabriken. Dabei gerät ein Projekt von Rheinmetall aus den vergangenen Jahren in Vergessenheit. Das High-Tech-Gefechtsfeldübungszentrum im russischen Mulino, etwa 330 Kilometer östlich von Moskau. Erst nachdem Russland Anfang 2014 die Krim annektierte, untersagte die Bundesregierung Rheinmetall weitere Lieferungen. Man kann davon ausgehen, dass dieses Übungszentrum bei der Ausbildung der russischen Truppen beachtliche Möglichkeiten bietet. Im September 2021 kam sogar Russlands Präsident nach Mulino, um ein gemeinsames Manöver russischer und belarussischer Truppen zu verfolgen. Man kann davon ausgehen, dass die Soldaten unter Wladimir Putins Augen nach einem bereits fertigen Ukraine-Angriffsplan gedrillt worden sind.

.) Tschernobyl: Jahrestag im Schatten des Krieges : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163243.tschernobyl-jahrestag-im-schatten-des-krieges.html> -

36 Jahre nach dem Super-GAU im AKW Tschernobyl machen die Kämpfe das Risiko der Kernenergie deutlich. Ein ukrainischer Soldat vor dem Sarkophag des Kernkraftwerks Tschernobyl. Am 26. April 1986 erschütterte der bis dahin schlimmste Unfall in einem Atomkraftwerk mit verheerenden Folgen für Mensch und Umwelt die Welt. Vor 36 Jahren havarierte Reaktor Nummer 4 im sowjetischen AKW Tschernobyl. Ohne den Krieg in der Ukraine wäre der Jahrestag wohl nicht groß beachtet worden. Aber die Kämpfe in der Region um Tschernobyl haben die besonderen Gefahren durch die Kernenergie in Erinnerung gerufen. Damals geriet ein Sicherheitstest in dem erst drei Jahre zuvor in Betrieb genommenen Block wegen Bedienungsfehlern und Konstruktionsmängeln außer Kontrolle. Die Reaktordecke explodierte, gewaltige Mengen radioaktiven Materials verteilten sich in der Umgebung, eine Strahlenwolke zog über Europa. Viele Menschen starben infolge der Katastrophe, die Spätfolgen sind noch immer nicht ganz absehbar. Auch in Deutschland sind Pilze und Wildfleisch infolge des Unfalls bis heute radioaktiv belastet.

Schon in den ersten Stunden hatte die sowjetische Führung Tausende Helfer nach Tschernobyl geschickt - sogenannte Liquidatoren, die die Strahlung stoppen sollten. Der erste Rettungstrupp bestand aus 6000 Soldaten und 40 000 Angehörigen der chemischen Spezialtruppen. Sie mussten auf die Dächer neben dem offenliegenden Reaktor klettern, um diesen mit Schutt zu bedecken, oder verstrahlte Graphitblöcke, die durch die Explosion in die Umgebung geschleudert worden waren, zurück in den Schlund des Kraftwerks zu werfen. Andere schütteten aus Militärhubschraubern mehrere Tausend Tonnen unterschiedlicher Materialien in den offenen Reaktor: Bor

sollte die Kettenreaktion begrenzen, Dolomit die Graphitbrände löschen, Bleibarren die Gammastrahlung mindern, Sand und Lehm die freigesetzten Teilchen filtern. Insgesamt waren 600 000 bis 800 000 Liquidatoren im Einsatz: Wehrdienstleistende, Hubschrauberpiloten, Polizisten, Feuerwehrleute, Bergleute, Kletterer, Betonarbeiter, Busfahrer, Ärzte und Krankenschwestern. Sie arbeiteten teilweise monatelang in Tschernobyl, oft ohne ausreichende Schutzkleidung. Viele starben später an den Folgen der Verstrahlung.

Schon im Sommer und Herbst 1986 wurde ein Betongehäuse über dem Reaktor errichtet. Der Sarkophag wurde im Laufe der Jahre brüchig, setzte Strahlung frei und drohte einzustürzen. 2015 wurde ein neuer Schutzmantel über die alte Hülle gezogen. Ingenieure und Techniker aus rund 40 Staaten haben daran mitgearbeitet oder zur Finanzierung beigetragen. Der Sarkophag soll mindestens 100 Jahre halten. Manche Experten befürchten, dass in dem Gemisch aus geschmolzenen Brennstäben, deren Hüllen, den Steuerstäben und Löschmitteln weitere atomare Kettenreaktionen entstehen könnten.

Am 24. Februar 2022 besetzten russische Truppen das Gelände um das AKW, der Rückzug erfolgte erst Ende März, beim Abmarsch durch die »verbotene Zone« sollen Soldaten verstrahlt worden sein. Ein Stromausfall am 9. März aufgrund einer zerstörten Hochspannungsleitung und das damit verbundene Szenario drohender Strahlungslecks verbreiteten tagelang Angst und Schrecken, bis klar war, dass von den Brennelementen in den Wasserbecken sehr wahrscheinlich keine akute Gefahr mehr ausgeht. Bis zum 20. April hatte die Internationale Atomenergie-Organisation aber keinen Kontakt zum Atomkomplex Tschernobyl, Fernüberwachungssysteme sind immer noch ausgefallen.

Von den 15 aktiven Reaktoren in der Ukraine geht aktuell allerdings eine viel größere Gefahr aus. Ein länger andauernder Stromausfall, insbesondere in Saporischschja, dem größten AKW in Europa, könnte katastrophale Folgen haben. Schon in Friedenszeiten bringt Atomenergie unkalkulierbare Risiken mit sich - in Kriegszeiten ist sie, wie jetzt deutlich wird, eine tödliche Gefahr.

Anlässlich des Tschernobyl-Jahrestages hat das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) erste Ergebnisse einer radiologischen Neukartierung der Sperrzone um das Atomkraftwerk bekannt gegeben. Zwei von der Behörde veröffentlichte Übersichtskarten zeigen die Belastung der Böden mit radioaktivem Cäsium-137 und die sogenannte Gamma-Ortsdosisleistung, die angibt, wie viel Strahlung auf den Menschen einwirkt. Erhöhte Werte in der Sperrzone gehen heute fast ausschließlich auf Cäsium-137 zurück, das eine Halbwertszeit von 30 Jahren hat. Kurzlebiger radioaktive Stoffe wie Jod-131 sind nicht mehr nachweisbar. Die Radioaktivitätsmessungen hatte das Bundesamt auf Einladung der Ukraine bereits im September 2021 vorgenommen.

Die in der Sperrzone von Tschernobyl ermittelte Gamma-Ortsdosisleistung liegt dem

BfS zufolge zwischen 0,06 und etwa 100 Mikrosievert pro Stunde. In Deutschland liegt die natürliche Ortsdosisleistung üblicherweise zwischen 0,06 und 0,2 Mikrosievert pro Stunde. Die niedrigsten in der Sperrzone gemessenen Werte unterscheiden sich damit nicht von der Situation in Deutschland. An den Orten mit den höchsten Werten in der Sperrzone wäre dagegen bereits nach etwa acht Tagen eine Strahlendosis von 20 Millisievert erreicht. Das ist die maximale Strahlendosis, die Personen in Deutschland im Jahr erhalten dürfen, die beruflich einer Strahlung ausgesetzt sind, also etwa Beschäftigte in Atomkraftwerken.

Die Cäsium-Belastung der Böden in der Sperrzone schwankt zwischen Werten unterhalb der Nachweisgrenze und einem Spitzenwert von 50 000 Kilobecquerel pro Quadratmeter. Der höchste Wert, der 2016 mit derselben Messmethode im Bayerischen Wald - einem der in Deutschland am schwersten von dem Reaktorunfall in Tschernobyl betroffenen Gebiete - erhoben wurde, lag bei 24 Kilobecquerel pro Quadratmeter. Bewohnbar ist die Region also auch 36 Jahre nach dem Super-GAU nicht.

.) Lawrow warnt vor Atomkrieg, Der russische Außenminister bezeichnet Waffenlieferungen an die Ukraine als Kriegsgrund. UN-Generalsekretär António Guterres trifft Putin in Moskau: https://rp-online.de/politik/ausland/sergej-lawrow-gefahr-eines-atomkriegs-sollte-nicht-unterschaetzt-werden_aid-68546961 -

Die Ampel-Fraktion will der Ukraine vor allem über einen sogenannten Ringtausch mit osteuropäischen Staaten schwere Waffen bereitstellen. Das geht aus einem Bundestagsantrag von SPD, Grünen und FDP hervor, den Reuters am Dienstag einsehen konnte. Die Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine soll fortgesetzt und „wo möglich“ auch bei schweren Waffen und komplexen Systemen beschleunigt werden, heißt es in dem zehneitigen Entwurf. Die Fähigkeiten Deutschlands zur Bündnisverteidigung dürften dabei nicht gefährdet werden. Die Regierung solle prüfen, „ob weitere Waffen abgegeben werden können und aktiv auf andere Länder zugehen, um ihnen einen Ringtausch anzubieten“.

Die Ampel-Fraktion befürwortet die Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland oder auf Nato-Gebiet. Zudem müssten Ausrüstungslücken bei der Bundeswehr so schnell wie möglich geschlossen werden. Deshalb sei die Verabschiedung des Sondervermögens Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro so wichtig. Die Ampel-Fraktion stellt diese Forderungen in einen breiteren Kontext und dringt etwa auch darauf, dass die Regierung die Bemühungen um einen Waffenstillstand in der Ukraine verstärken müsse.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zuvor einen Beschlussantrag für die Lieferungen schwerer Waffen an die Ukraine vorgelegt. Darin wird auch die Abgabe von schweren Waffen aus „verfügbaren Beständen“ der Bundeswehr gefordert. Der Bundestag soll in dieser Woche über die Anträge abstimmen.

Mützenich: Nicht nur über Waffen reden

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hat davor gewarnt, die Diskussion über die Unterstützung für die Ukraine auf das Thema Waffenlieferungen zu verengen.

„Schwere Waffen sind nicht die alleinige Herausforderung, die wir haben“, sagte der SPD-Politiker am Dienstag [im ARD-Morgenmagazin](#). Man müsse über politische Dinge und Diplomatie reden. „Und ich finde, die Diskussion der letzten Tage hat doch eine massiv militaristische Schlagseite.“ (dpa)

Lawrow warnt vor Atomkrieg

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat gewarnt, die Gefahr eines atomaren Konflikts „sollte nicht unterschätzt werden“. Lawrow äußerte sich am Montag in einem Interview des russischen Fernsehens, in dem er der Ukraine vorwarf, die Nato in den Konflikt einzubeziehen und damit zu riskieren, einen dritten Weltkrieg zu provozieren.

„Alle rezitieren Beschwörungen, dass wir auf keinen Fall einen dritten Weltkrieg zulassen dürfen“, sagte der Außenminister. Doch würden Nato-Staaten mit Waffenlieferungen „Öl ins Feuer gießen“. Diese seien für Russland ein „legitimes Ziel“. Die Nato sei „in einen Krieg mit Russland über Stellvertreter“ eingetreten „und bewaffnet diese Stellvertreter“.

Lawrow reagierte offenbar [auf den Besuch von US-Außenminister Antony Blinken und US-Verteidigungsminister Lloyd Austin](#) am Sonntag in Kiew, bei dem diese weitere Militärhilfe für die Ukraine im Umfang von mehr als 300 Millionen Dollar zusagten. Blinken sagte am Montag, Russland erreiche seine Kriegsziele nicht, die Ukraine wehre sich erfolgreich. Austin sagte, die USA wollten, dass die Ukraine ein demokratisches, souveränes Land bleibe und „Russland bis zu dem Punkt geschwächt ist, an dem es nicht Dinge wie in der Ukraine einmarschieren machen kann“.

UN-Generalsekretär reist nach Moskau

Gut zwei Monate nach Beginn des Krieges in der Ukraine empfängt Russlands Präsident Wladimir Putin am Dienstag in Moskau UN-Generalsekretär António Guterres. Bei dem Treffen im Kreml dürfte es neben einer größeren diplomatischen Rolle der Vereinten Nationen vor allem um den humanitären Zugang der UN und sichere Fluchtrouten für Zivilisten zum Beispiel aus der belagerten Stadt Mariupol gehen.

Ukraine meldet Angriffe mit Toten und Verletzten

Die Ukraine hat nach neuen russischen Angriffen weitere Tote und Verletzte in mehreren Regionen des Landes beklagt. Bei dem Beschuss von fünf Bahnstationen seien ein Bahnarbeiter getötet und vier weitere verletzt worden, teilte die staatliche Eisenbahngesellschaft im Nachrichtenkanal Telegram mit. In der Region Charkiw im Osten des Landes seien am Montag vier Menschen durch russischen Beschuss

getötet und fünf verletzt worden, teilte der Gouverneur der Region, Oleh Synjehubow, auf Telegram mit.

In der Stadt Charkiw wurden demnach weitere vier Zivilisten verletzt. Ein zwölfstöckiges Haus habe zudem Feuer gefangen, zwei Stockwerke seien vollständig ausgebrannt. Auch aus dem nordostukrainischen Gebiet Sumy wurde Beschuss gemeldet. Dieser sei von russischem Territorium auf den Ort Bilopillja erfolgt, sagte der Gouverneur der Region, Dmytro Schywykyj. Es gebe keine Verletzten oder Schäden.

Aus Krywij Rih, der Heimatstadt des ukrainischen Präsidenten, hieß es, dort sei der Beschuss zuletzt „wesentlich“ stärker geworden. Das schrieb der örtliche Militärchef Oleksandr Wilkul in seinem Telegram-Kanal. Russische Einheiten hätten versucht, die Verteidigungslinie, die noch im Gebiet Cherson liege, zu durchbrechen. Sie seien allerdings erfolglos geblieben. Allerdings werde ein Anstieg an Flüchtlingen aus der Region Cherson verzeichnet.

Krywij Rih liegt nördlich der südukrainischen Metropole Cherson, die als erste große Stadt schon zu Beginn des Krieges von russischen Truppen besetzt wurde. In den vergangenen Wochen wurde Krywij Rih wiederholt von Raketen getroffen. Wilkul hatte am Sonntag gesagt, die Stadt bereite sich auf einen russischen Angriff in den kommenden Tagen vor. Die Angaben konnten nicht unabhängig geprüft werden. (dpa)

London: Getreideernte in Ukraine fällt um rund 20 Prozent

Die russische Invasion in die Ukraine hat die landwirtschaftliche Produktion in der Ukraine erheblich gestört. Die Getreideernte werde in diesem Jahr aufgrund reduzierter Aussaatflächen nach der Invasion voraussichtlich um rund 20 Prozent niedriger ausfallen als 2021, teilte das britische Verteidigungsministerium am Montagabend in seinem täglichen Geheimdienst-Update mit.

Die Ukraine sei der weltweit der viertgrößte Produzent und Exporteur von Agrargütern, hieß es weiter. Ein reduziertes Getreideangebot aus der Ukraine werde Inflationsdruck erzeugen und den globalen Getreidepreis in die Höhe treiben. Das UN-Welternährungsprogramm (WFP) dringt gleichzeitig darauf, Handelswege für Getreide aus dem Kriegsland Ukraine offen zu halten. Die UN-Institution geht davon aus, dass bei Weizen nur rund die Hälfte der Vorjahresmenge geerntet werden kann.

.) EU: Am Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe: Borrell und Simson warnen vor nuklearen Gefahren des russischen Kriegs in der Ukraine :

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/am-jahrestag-der-tschernobyl-katastrophe-borrell-und-simson-warnen-vor-nuklearen-gefahren-des-2022-04-26_de

- Europäische Kommission Vertretung in Deutschland Berlin.

.) **Kriegsmeister USA Bericht von SIPRI/Schweden :**

<https://www.jungewelt.de/artikel/425274.globales-aufr%C3%BCsten-kriegsmeister-usa.html> - Die Kriegsgewinnler in Deutschland werden sich damit nicht zufriedengeben. Im internationalen Vergleich haben sechs andere Staaten einen größeren Teil ihrer Wirtschaftsleistung in ihre Streitkräfte gepumpt als die Bundesrepublik. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt lag der Anteil an den Rüstungsausgaben im Jahr 2021 bei 1,3 Prozent. Das geht aus dem am Montag veröffentlichten Jahresbericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI hervor. Die bundesdeutschen Militärausgaben lagen aufgrund der Inflation demnach zwar mit 51 Milliarden Euro um 1,4 Prozent niedriger als 2020. Dennoch schaffte es die BRD auf Platz sieben der SIPRI-Weltrangliste. An der Spitze stehen weiterhin die Vereinigten Staaten mit laut SIPRI 801 Milliarden US-Dollar, mehr als die neun anderen »Top ten« zusammen.

Die zweitgrößten Rüstungsausgaben tätigte dem Bericht zufolge die Volksrepublik China mit umgerechnet 268 Milliarden Euro. Allerdings fußen die Angaben dazu auf Schätzungen. Demnach gab Beijing im vergangenen Jahr 4,7 Prozent mehr für das Militär aus. Auf Platz drei, vier und fünf folgen Indien, der NATO-Staat Großbritannien und die Russische Föderation.

Letztere habe 2021 die Militärausgaben um 2,9 Prozent auf umgerechnet 60 Milliarden Euro gesteigert. Das sei ein Anteil von 4,1 Prozent der russischen Wirtschaftsleistung. Die Ukraine habe seit 2014 ihre Militärausgaben um 72 Prozent gesteigert. Im vergangenen Jahr allerdings seien die Ausgaben um schätzungsweise 8,5 Prozent auf umgerechnet 5,9 Milliarden US-Dollar gesunken (3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts). Weltweit waren die Militärausgaben um mehr als zwei Billionen US-Dollar gestiegen, berichtet SIPRI. Unter Berücksichtigung der Inflation aber sei dies ein Anstieg um lediglich 0,7 Prozent im Vergleich zu 2020.

Die weltweiten Militärausgaben bezeichnete Sevim Dagdelen, abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, als »sinnlos verpulvertes Geld, das dringend für die Bekämpfung von Hunger, Armut und den Folgen der Coronapandemie« benötigt werde. Mit ihrem 100-Milliarden-Programm für die Bundeswehr und dem Versprechen, das Zweiprozentziel der NATO »künftig übererfüllen« zu wollen, habe die Bundesregierung eine »fatale Aufrüstungsspirale in Gang gesetzt«, erklärte Ali Al-Dailami, verteidigungspolitischer Sprecher der Linksfraktion, in einer Mitteilung vom Montag.

Von den Ausgaben für Kriegsgerät profitieren Rüstungskonzerne und andere Kriegsgewinnler. Der Rheinmetall-Konzern bringt sich aktuell erneut als »Zulieferer« schweren Geräts ins Gespräch und bat um die Erlaubnis der Bundesregierung, 100 »Marder«-Schützenpanzer an die Ukraine liefern zu können, wie Reuters am Montag berichtete. Man werde demnächst darüber entscheiden, sagte ein Regierungssprecher noch am selben Tag. Die Unionsbundestagsfraktion legte derweil den

eigenen Entwurf für einen Bundestagsbeschluss vor, wie dpa und Süddeutsche Zeitung am Montag berichteten. Darin werde gefordert, deutsche Waffenlieferungen für die Ukraine »in Quantität und Qualität unverzüglich und spürbar« zu intensivieren.

Die Frage der Waffenlieferungen an Kiew dürfte ein zentraler Punkt des Spitzentreffens an diesem Dienstag auf der US-Luftwaffenbasis Ramstein in Rheinland-Pfalz sein. Dazu hatten die USA vergangene Woche bis zu 40 Regierungen eingeladen, zu denen laut Medienberichten nicht nur NATO-Staaten zählen.

.) "Krieg in der Ukraine: Die wirtschaftlichen Folgen – und wie ihn beenden?" :

<https://youtu.be/bFoFZUMUnsc>

.) Tschernobyl: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/tschernobyl-ukraine-krieg-101.html> - AKW-Ruine Tschernobyl -Die Angst vor einer neuen Katastrophe.

.) AKW in der Slowakei -Weg von Russlands Brennstäben - nur wie? :

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/slowakei-russland-brennstaebe-101.html> - Die Atomkraftwerke der Slowakei laufen mit Brennstäben aus russischer Produktion. Davon will die Regierung nicht länger abhängig sein. Die Suche nach Alternativen beginnt - trotz einer Sonderlieferung in Kriegszeiten.

.) Ukraine erinnert an das Atomunglück von Tschernobyl :

<https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/ukraine-erinnert-an-das-atomunglueck-von-tschernobyl-17984491.html> - Die Ukraine hat mitten im Krieg gegen Russland der Atomkatastrophe von Tschernobyl vor 36 Jahren gedacht. «Die Folgen der Tragödie waren wirklich schrecklich und betrafen ganz Europa», schrieb Ministerpräsident Denys Schmyhal am Jahrestag am Dienstag im Nachrichtendienst Telegram. Tausende Retter verhinderten jedoch Schlimmeres. Schmyhal erinnerte auch an die kürzliche über einen Monat währende russische Besetzung des stillgelegten Kraftwerks. «Als Geisel genommen, arbeitete die Schicht des Kraftwerks 600 Stunden am Stück», schrieb der 46-Jährige. Der kleinste Fehler hätte zu einer neuen «Tragödie» führen können.

.) Es gibt keine sichere Atomkraft“ - Gedenktag der Nuklearkatastrophe in

Tschernobyl : <https://www.otv.de/mediathek/video/es-gibt-keine-sichere-atomkraft-gedenktag-der-nuklearkatastrophe-in-tschernobyl/> - „Atomkraft ist kein

Klimaretter“, so der Tenor auf einer Mahnwache am Unteren Markt in Weiden. Anlass dafür ist der Gedenktag der Nuklearkatastrophe in Tschernobyl gewesen. Dabei wollten die Vertreter von Greenpeace Weiden auch mit fünf Mythen über die Atomenergie aufräumen. Beispielsweise, dass Atomenergie beim Weg aus der Klimakrise helfe. Laut Greenpeace Weiden ist das falsch. Denn die Zeit dränge, während die Planung und der Bau von neuen Atomkraftanlagen viel Zeit brauche. Außerdem würden immense Investitionsmittel blockiert, die zum Lösen der Klimakrise beitragen könnten – etwa Wind- und Solarenergie, heißt es auf der Mahnwache.

.) Ein bundesdeutsches Endlager für hochradioaktive Abfälle vor allem aus dem Betrieb von Atomkraftwerken gibt es bis heute nicht.

Gorleben ist gescheitert, ein neues Standortsuchverfahren nach Fukushima gestartet worden. Anfang der 2030er Jahre soll der Standort – so Gott und Gesetz es will – gefunden werden. Eine Inbetriebnahme wird erst Anfang der 2050er Jahre theoretisch und bei “optimalen” Bedingungen möglich werden (Grüße nach Olkiluoto, Flamanville und den Berliner Flughafen!) Doch selbst wenn das klappt: Schon in diesem Fall wären die Genehmigungen für alle “Zwischen”lager für hochradioaktive Abfälle abgelaufen, müssten – unter Beteiligung des Bundestags – erneuert werden. Ab Mitte der 2030er Jahre geht das in Gorleben und Ahaus los. Eine Folge dieser Verzögerungen: Es braucht ein umfangreiches Forschungsprogramm, ob die gegenwärtige Zwischenlagerung – auch mit Blick auf die Terroranschutanzforderungen – ausreichend (!!) “sicher” ist oder ob weitere Maßnahmen für die zu verlängernde oberirdische Zwischenlagerung der hochradioaktiven Abfälle erforderlich werden. **(Stichwort Russlands Nuklear-Terror)** Die zuständige Bundesgesellschaft (BGZ) hat nun ein Forschungsprogramm veröffentlicht. Ist das ausreichend, was dort vorgeschlagen wird? Nicht nur der BUND – sondern z.B. auch das gesetzlich im Zuge der neuen Endlagerstandortsuche geschaffene “unabhängige” Nationale Begleitgremium (NBG) – fordert seit Jahren einen umfassenden gesellschaftlichen Dialog über die Sicherheit der oberirdischen Lagerung aller (!) Arten von Atommüll! Und das Genehmigungsverfahren für den Neubau eines hochradioaktiven Zwischenlagers in Lubmin läuft. (von Dirk)

<https://bgz.de/2022/04/04/broschuere-das-forschungsprogramm-der-bgz/>

.) Lieferstopp! Putin dreht ersten Ländern den Gashahn zu – die Kriegslage im Überblick : <https://www.mopo.de/news/politik-wirtschaft/lieferstopp-putin-dreht-ersten-laendern-den-gashahn-zu-die-kriegslage-im-ueberblick/> -

Russland macht Ernst: Polen und Bulgarien bekommen kein russisches Gas mehr. Derweil beklagte die Ukraine Tote und Verletzte nach neuen russischen Angriffen.

Kiew sieht sich zudem auf eine mögliche Attacke russischer Truppen aus dem moldauischen Transnistrien vorbereitet. Die MOPO gibt einen Überblick zum Geschehen in der Nacht und ein Ausblick auf den Tag.

Lieferstopp! Putin dreht ersten Ländern den Gashahn zu

Russland stellt seine Gaslieferungen nach Polen sowie Bulgarien ein und verschärft die Spannungen mit dem Westen damit weiter. Polens Klimaministerin Anna Moskwa erklärte, schon ab Mittwochmorgen, 8 Uhr, werde kein russische Gas mehr durch die Jamal-Pipeline nach Polen fließen. Die Auswirkungen des Lieferstopps seien allerdings gering. Seit den ersten Tagen des Ukraine-Krieges habe Warschau erklärt, dass es für eine vollständige Unabhängigkeit von russischen Rohstoffen bereit sei.

Hat das auch für uns Auswirkungen? Der Bevollmächtigte der polnischen Regierung für strategische Energieinfrastruktur, Piotr Naimski, versicherte, dass nach Deutschland weiter Gas über Nord Stream 1 fließe. Die Versorgungssicherheit in Deutschland sei derzeit weiter gewährleistet, sagte auch eine Sprecherin von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Dienstagabend nach der Nachricht aus Polen. „Wir beobachten die Lage genau.“

Lesen Sie auch: [Frieren für den Frieden? 20 Tipps, um sofort Gas und Benzin zu sparen](#)

Auch Bulgarien habe Schritte zur alternativen Gasversorgung unternommen, teilte das Energieministerium in Sofia mit. Vorerst sei keine Begrenzung des Gasverbrauchs notwendig. Man habe seine Verpflichtungen „vollkommen erfüllt“ und alle Zahlungen für russisches Gas „rechtzeitig und strikt“ getätigt, die der laufende Vertrag erfordert, heißt es in der Mitteilung weiter.

Ein örtliches Onlineportal hatte berichtet, dass die Gaszahlung für Mai auf die bisher übliche Weise erfolgt sei, und nicht wie von Gazprom gefordert, über zwei neu eröffnete Konten bei der Gazprom-Bank – in Dollar und in Rubel. Auch Polen will Erdgas nicht wie von Russland gefordert über diese Kontenlösung in Rubel bezahlen. Ende März hatte Kremlchef Wladimir Putin gefordert, dass mit Wirkung zum 1. April westliche Staaten Konten bei der Gazprom-Bank eröffnen müssten, um russische Gaslieferungen zu bezahlen. Andernfalls würden diese für die „unfreundlichen“ Länder eingestellt.

Ukraine meldet Tote und Verletzte nach Kampfhandlungen

Die Ukraine beklagte nach neuen russischen Angriffen weitere Tote und Verletzte in mehreren Regionen des Landes. Im Gebiet Donezk im Osten seien bei drei separaten Zwischenfällen drei Zivilisten getötet worden, teilte der Gouverneur der Region, Pawel Kyrylenko, auf Telegram mit. In der Großstadt Charkiw im Osten des Landes seien infolge von Beschuss drei weitere Menschen getötet und sieben verletzt worden, teilte der Gouverneur der Region, Oleh Synjehubow, auf Telegram mit.

Ukraines Präsidentenberater: Krieg kann bis Ende des Jahres dauern

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine kann sich nach Einschätzung des

ukrainischen Präsidentenberaters Olexij Arestowytsch noch über viele Monate hinziehen. Sollten etwa aktive Kampfhandlungen im Donbass nach der jetzigen Offensive eingestellt werden und dazu übergegangen werden, Positionen einzunehmen, bedeute dies noch lange kein Ende des Krieges, sagte Arestowytsch in einem YouTube-Interview, wie die ukrainische Agentur Unian berichtete. Die von der Ukraine neu erhaltenen Waffen könnten Ende Mai, Anfang Juni „ernsthafte Auswirkungen“ auf das Kampfgeschehen haben. Der Krieg selbst könnte bis Ende des Jahres dauern.

Ukraine: Streitkräfte für möglichen Angriff aus Transnistrien bereit

Die ukrainischen Streitkräfte sind auf einen möglichen Angriff russischer Truppen aus der moldauischen Separatistenregion Transnistrien vorbereitet. Das sagte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in Kiew. Man kenne die Stärke dieser Truppen und die ukrainischen Streitkräfte hätten keine Angst vor ihnen. [In Transnistrien ist ein Kontingent russischer Soldaten stationiert.](#)

Selenskyj: Moskaus Ziele gehen weit über Ukraine hinaus

Moskaus Ziele gehen laut Selenskyj weit über die Ukraine hinaus. „Das ultimative Ziel der russischen Führung ist nicht nur die Eroberung der Ukraine, sondern die Zerschlagung des gesamten Zentrums und des Ostens Europas“, sagte Selenskyj in seiner abendlichen Videobotschaft, die in der Nacht zu Mittwoch auf Telegram veröffentlicht wurde. Auch ein „globaler Schlag gegen die Demokratie“ gehöre zu dem Ziel.

Union fordert Entlastungspaket für die Wirtschaft

Die Union forderte die Bundesregierung angesichts der Belastungen auch durch den Ukraine-Krieg zu einem umfassenden Entlastungspaket für die Wirtschaft auf. In einem Bundestagsantrag spricht sich die CDU/CSU-Fraktion unter anderem für ein „Belastungsmoratorium“, steuerliche Entlastungen sowie flexiblere arbeitsrechtliche Regeln aus. Die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft müsse gestärkt werden. Der Antrag soll am Donnerstag im Bundestag beraten werden.

Das wird heute wichtig

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine mit seinen Konsequenzen steht im Mittelpunkt der Bundestagssitzung. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) stellt sich den Fragen der Abgeordneten. Dabei dürfte es erneut um die Frage gehen, ob und welche schweren Waffen Deutschland der Ukraine zur Verfügung stellt. Das Bundeskabinett will zudem wegen der stark gestiegenen Energiepreise ein milliardenschweres Entlastungspaket beschließen.

Der bulgarische Energieminister Aleksandar Nikolow will sich am Mittwoch zum Lieferstopp von Erdgas aus Russland äußern.

.) Offensiven in der Ostukraine: Neue Brennpunkte des Leids, „Die UN hofft auf Waffenruhe, Russland spricht vom dritten Weltkrieg – und greift weiter an. Auch

Transnistrien könnte zu einem Hotspot werden :

<https://taz.de/Offensiven-in-der-Ostukraine/!5851093/> -

António

Guterres wirbt am 26.04.2022 in Moskau für Waffenruhe, Sergej Lawrow scheint desinteressiert UN-Generalsekretär António Guterres hat sich bei einem Treffen mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow am Dienstag in Moskau für eine rasche Waffenruhe und ein Ende des Krieges in der Ukraine ausgesprochen. Er habe ein Interesse daran, alles zu tun, um den Krieg und das Leiden der Menschen zu beenden, sagte er. Zudem müssten die Vorwürfe schwerer Kriegsverbrechen gegen die russischen Streitkräfte unabhängig untersucht werden. Am Dienstag-nachmittag sollte Guterres Präsident Wladimir Putin treffen, am Donnerstag wird er in Kiew erwartet.

Am

Montagabend hatte sich Lawrow auf dem Ersten Kanal in der Sendung „Das große Spiel“ zu der Möglichkeit eines [Atomkriegs](#) geäußert. Moskau wolle nicht, dass die Risiken künstlich aufgebauscht würden, aber es gebe doch so einige, die dies beabsichtigten. Dennoch sei die Gefahr real und dürfe nicht unterschätzt werden. Mit ihren Waffenlieferungen wollten westliche Staaten die Ukrainer zwingen, bis zum letzten Soldaten gegen Russland zu kämpfen, und sei es auch nur, weil sie hofften, dass Russland mehr und mehr unter diesem Krieg leide, sagte Lawrow. Unterdessen dauerte die Offensive russischer Truppen im Osten der Ukraine an. Am Dienstag schlugen auf dem Gelände eines Betriebs in Saporischschja zwei russische Raketen ein. Das berichtete das ukrainische Nachrichtenportal Zerkalo Nedeli (ZN) unter Berufung auf die Bezirksregierung von Saporischschja. Dabei sei eine Person getötet und eine weitere verletzt worden. Die Zahl der Opfer könne noch steigen.

Zudem rücke russisches Militär weiter auf die Stadt vor, ukrainische Streitkräfte bereiteten sich auf einen Angriff auf Saporischschja von Süden her vor. Laut Berichten der lokalen ukrainischen Nachrichtenagentur inform.zp.ua seien am Dienstagmorgen zwei russische Marschflugkörper über dem Atomkraftwerk in Energodar gesichtet worden.

Großangriff in Nikolajew erwartet

Auch die Stadt Nikolajew rüstet sich für den Ernstfall. „Wir erwarten einen Großangriff oder eine Belagerung der Stadt“, sagte der Bürgermeister von Nikolajew, Aleksandr Senkewitsch, dem Nachrichtenportal Ukrainska Prvada. Man beobachte, dass russische Truppen von der Krim massenhaft Waffen und militärisches Gerät in die Region von Cherson brächten.

In dem Gebiet [Luhansk](#), das russische Truppen angeblich zu 80 Prozent kontrollieren, gingen die Kämpfe ebenfalls weiter. Angaben des Gouverneurs Sergei Gaidai zufolge sollen russische Truppen in der Stadt Rubischne Kinder in ihre Gewalt gebracht und deren Müttern gedroht haben, diese zu erschießen, sollten sie nicht Informationen über Militärstellungen ukrainischer Soldaten preisgeben.

Zu einem weiteren Hotspot könnte auch die von der Republik Moldau und von Russland kontrollierte Region Transnistrien werden. Einem Bericht der russischen staatlichen Nachrichtenagentur RIA zufolge erklärte das Außenministerium am Dienstag, Russland wolle ein Szenario vermeiden, bei dem es gezwungen sei, in Transnistrien zu intervenieren. Von den rund 470.000 Einwohner*innen haben mehr als 200.000 russische Pässe.

In den vergangenen 24 Stunden hatten lokale Behörden mehrere Explosionen gemeldet. Neben dem Hauptquartier der Staatssicherheit in Tiraspol war auch das Dorf Majak betroffen, wo zwei Sendemasten noch aus Sowjetzeiten beschädigt wurden. In Transnistrien wurde die Terrorwarnstufe auf Rot angehoben, Moldaus Präsident Maia Sandu berief eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats ein. Der moldauische Abgeordnete Oazu Natoi sieht russische Geheimdienste hinter den Explosionen am Werk. Diese versuchten die Situation anzuhetzen, um Kiew zu zwingen, einen Teil seiner Truppen in Richtung Transnistrien umzulenken, sagte er dem Portal insider.

.) Waffen für die Ukraine: Deutsche Geparden für die Ukraine, Die Ampelkoalition exportiert nach viel Hin und Her schwere Waffen. Obwohl die SPD vorher vor einer Eskalationsgefahr gewarnt hatte : <https://taz.de/Waffen-fuer-die-Ukraine!/5851092/> -Am Dienstag lernten die Deutschen also mal wieder einen neuen Panzer kennen. Den **Leopard, den Marder, die Panzerhaubitze 2000**: Kennt man inzwischen alle, sie sind in der wochenlangen Diskussion über neue Waffen für die Ukraine schließlich oft genug durch die *Tagesschau* gefahren. Als Verteidigungsministerin Christine Lambrecht am Vormittag den Wendepunkt in der Debatte verkündete, ging es aber weder um den Kampf- noch um den Schützenpanzer und auch nicht um das Artilleriegeschütz. Nein, die erste schwere Waffe, die die Ukraine direkt aus Deutschland erhält, ist der Gepard.

Lambrecht verkündete die Nachricht in Ramstein, wohin die USA 40 Staaten geladen hatte, um über weitere Waffenhilfen für Kiew zu sprechen. „Erst gestern haben wir entschieden, dass Deutschland die Lieferung von Gepard-Flugabwehrpanzern an die Ukraine ermöglichen wird“, sagte sie dort. Es ist kein Panzer aus Bundeswehrbeständen: Das deutsche Militär hat den Gepard schon vor Jahren aus Kostengründen aussortiert. Stattdessen kommt die Lieferung vom Rüstungshersteller Krauss-Maffei Wegmann, der ein paar Dutzend der alten Geräte besitzt und sie der Ukraine direkt angeboten hat. Die Regierung genehmigt den Export jetzt. Die Panzer stammen noch aus der Zeit des Kalten Kriegs. Vorgesehen sind sie vor allem zur Bekämpfung von Zielen in der Luft, tieffliegende Flugzeuge und Helikopter zum Beispiel. Sie sind 48 Tonnen schwer, gepanzert und mit zwei Maschinenkanonen ausgestattet, die bis zu 6 Kilometer weit schießen können.

Gegen die Lieferung solcher schwerer Waffen aus westlicher Produktion hatte die Bundesregierung über Wochen verschiedene Argumente angeführt. Ein häufig genanntes, ganz praktisches: Wichtig sei, dass die ukrainische Armee gelieferte Waffen sofort nutzen könne. Bei den Gepard-Panzern ist das eher nicht der Fall: Sie müssen erst noch instandgesetzt werden. Dazu kommt die Ausbildung ukrainischer Soldat*innen, die beim relativ komplizierten Gepard wohl noch länger dauert als etwa beim Schützenpanzer Marder. Ein zweites, grundsätzliches Gegenargument war bisher vor allem aus der SPD zu hören: [die Eskalationsgefahr](#). Die russische Führung könne demnach die Lieferung schwerer Waffen aus dem Westen als Provokation sehen und [mit einem direkten Angriff reagieren](#).

International wuchs der Druck

Beide Argumente zählen nun beim Gepard offenbar nicht mehr. Für Marder- und Leopard-1-Panzer, die die Industrie der Ukraine laut Medienberichten ebenfalls angeboten hatte, gibt es dagegen bislang noch keine Exportgenehmigung. Ein Ringtausch, bei dem die Bundeswehr Marder aus eigenen Beständen an Slowenien abgeben würde, die dafür jugoslawische Kampfpanzer an die Ukraine gibt, ist seit vergangener Woche in Vorbereitung. Grünes Licht gibt es hier allerdings noch nicht. Stück für Stück robbt sich die Bundesregierung also an die Lieferung schwerer Waffen ran, nachdem der Druck zuletzt sehr groß geworden war. Er wuchs international, als über die letzten Wochen und Tage immer mehr Staaten vorgelegt hatten – unter anderem mit sowjetischen Kampfpanzern aus osteuropäischen Nato-Staaten, Panzerhaubitzen aus den Niederlanden und weiteren Geschützen aus den USA und Frankreich.

Dazu kam der Druck aus der Koalition selbst, wo sich öffentlich am deutlichsten vernehmbar die Bundestagsausschussvorsitzenden Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Toni Hofreiter (Grüne) und Michael Roth (SPD) für mehr Waffen ausgesprochen hatten. Und nicht zuletzt: der Druck aus der Opposition im Bundestag. Für die laufende Sitzungswoche hatte die Union einen eigenen Antrag zum Thema eingebracht.

Das deutsche Militär hat den Gepard schon vor Jahren aus Kostengründen aussortiert.

Ein Bundestagsbeschluss wäre rein appellativ, er hätte für die Regierung keine bindende Wirkung. Als PR-Instrument kann so ein Oppositionsantrag aber durchaus seine Wirkung erfüllen. CDU und CSU fordern in ihrem Papier die Lieferung von schweren Waffen aus Bundeswehrbeständen, inklusive Kampfpanzer, sprich: den Leopard 2. Das würde qualitativ nicht nur über den Gepard-Export hinausgehen, sondern über alle bisherigen Panzerlieferungen aus dem Westen. Die Ampelfraktionen haben dem Unionsvorschlag einen eigenen, schwächer formulierten Antrag entgegengestellt.

Die Spitze der CDU/CSU-Fraktion reagierte am Dienstag dennoch positiv auf die

Signale aus der Ampel. „Ich habe den Eindruck, dass das auf dem richtigen Weg ist“, sagte Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion. Ähnlich äußerte sich CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt. Er zeigte sich gesprächsbereit für Verhandlungen mit der Koalition über einen gemeinsamen Antrag im Bundestag. Auch die Ankündigung der Exportgenehmigung für die Gepard-Panzer sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Kritik aus der Linksfraktion

Aber nicht alle in der Fraktion sehen das so. Henning Otte (CDU), stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, hält Lambrechts Gepard-Ankündigung für „die nächste Nebelkerze“, die leicht durchschaubar sei: „Vorzugeben, schwere Waffen zu liefern, aber gleichzeitig sicherzustellen, dass sie nicht rechtzeitig im Einsatz genutzt werden können“, kritisierte Otte auf Twitter. Dennoch spricht viel dafür, dass die Union ihren eigenen Antrag, der am Donnerstag im Bundestag debattiert werden sollte, zurückziehen wird. Seinen Zweck hat dieser schon erfüllt: Er hat die Ampel getrieben.

Kein eigener Antrag, dafür aber umso deutlichere Kritik kommt aus der Linksfraktion. Sie lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine entschieden ab. Die US-Einladung für das Treffen in Ramstein nannte die Abgeordnete Sevim Dağdelen einen „dreisten Angriff auf die Souveränität Deutschlands“. Die Ampel hätte ihr zufolge den „von den USA einberufenen Kriegsratschlag mit ausgewählten Staaten auf deutschem Boden“ untersagen sollen. Waffenlieferungen verhindern ihr zufolge einen Verhandlungsfrieden im Krieg gegen die Ukraine und drohen den „Ukrainekonflikt zum dritten Weltkrieg“ auszuweiten.

Panzerlieferungen an die Ukraine Eine richtige Ausnahme

Es ist richtig, dass Deutschland jetzt Panzer an die Ukraine liefert. Trotzdem braucht es in Zukunft strengere Regeln für Rüstungsexporte.

<https://taz.de/Panzerlieferungen-an-die-Ukraine/!5847213/>

.) Grüne im Bundestag: „Atomkraft ist ein Sicherheitsrisiko“:

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/atomausstieg/atomkraft-ist-ein-sicherheitsrisiko>

Am Ende gibt es ein Fachgespräch vom 25.04.2022 mit live Schaltungen in die Ukraine zu Tschernobyl und andere Fachleute Live Übersetzung in deutsch Thema "[Putins Angriffskrieg und die nukleare Sicherheit in Europa](#)" die Auswirkungen des Krieges auf die Energieversorgung und die Sicherheit.

.) Willkommen in Hamburg: Internationale Ärzt:Innen gegen Atomkrieg :

<https://www.ippnw.de/aktiv-werden/termine/ippnw-jahrestreffen.html> -

Eine derjenigen Organisationen, die sich klar und deutlich gegen den russischen Krieg in der Ukraine einsetzen, kommt am Wochenende um den 1. Mai zum Jahrestreffen in Hamburg zusammen. (Ausgerechnet) Bei der Kassenärztlichen Vereinigung versammeln sich die Nobelpreisträger der IPPNW; auf deutsch: "Internationale Ärzt:innen für die Verhütung des Atomkriegs – Ärzte in sozialer Verantwortung". (Am Namen ließe sich arbeiten – der Inhalt ist perfekt!) Diese Organisation hat nicht nur den Nobelpreis im Kittel, sondern ist konsequent lebenserhaltend und -bejahend – und deshalb sehr gradeaus – beim Strahlenschutz für die Menschen/Patient_innen gegenüber industriellen/staatlichen Interessen – oder in Sachen Atomgefahren, Atomwaffen und Krieg. Abrüstung ist eine Sache für die Gesundheit der Umwelt und der Menschen, Atomausstieg ebenso – das hat viel mit gutem Leben und sozialer Gerechtigkeit zu tun. Was die IPPNW heute so wichtig macht, ist AUCH, dass sie nicht – wie z.B. grüne Verantwortungsträger – die "Nerven" verlieren und nach mehr und härteren Waffen (bis wohin?) schreien, sondern ganz andere Diagnosen anbieten! (von Dirk)

.) Pressemitteilung zum 27.04.2022

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. Friends of the Earth Germany
Landesverband Schleswig-Holstein e. V. Fon 0431 66060-0 Fax 0431 66060-33
info@bund-sh.de www.bund-sh.de

Ole Eggers

Landesgeschäftsführer ole.eggerts@bund-sh.de Tel. 0178 635 07 19

LNG Terminal: Jamaica hebt Bürgerrechte aus Die aktuell geplante Änderung des Landeswassergesetzes soll den schnellen, weil ungeprüften, Bau von schwimmenden LNG-Tanklagern in Brunsbüttel ermöglichen. Diesen Entwurf lehnt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein e. V. (BUND SH) entschieden ab, weil jede weitere Förderung von fossilen Brennstoffprojekten den Zielen des Klima- und Energiewendegesetzes widerspricht. Die Klimawirksamkeit von LNG wird von der Wissenschaft mit der der Kohle verglichen. Dies gilt insbesondere für die voraussichtlichen Lieferungen aus den USA mit gefracktem Gas, dessen Förderung in Schleswig-Holstein aus Umweltgründen verboten ist.

Das angelandete Gas wird vor allem für den industriellen Bedarf des sogenannten „ChemCoastParcBrunsbüttel“ benötigt. Einer der Hauptabnehmer des Gases vor Ort wird der weltweit handelnde Industriekonzern Yara sein, der ein Prozent des

deutschen Gasverbrauchs allein für die Herstellung stickstoffhaltiger Düngemittel benötigt. Die globale Überproduktion von Stickstoff wird von der UNO übrigens als einer der wichtigsten Klimakiller bezeichnet. „Natürlich stellt

sich für uns als Umweltverband die Frage, ob es zwischen der für kommendes Jahr angekündigten Düngemittelknappheit und der überstürzten Planung des Terminals und seinem Bau im Herbst dieses Jahres einen Zusammenhang gibt“, so Rainer Guschel BUND-Kreisgruppenvorstand Steinburg und ergänzt: „Klimaschädliches Gas, das anschließend als Mineraldünger auf den Äckern landet, ist für uns als Umweltverband ein No Go“.

„Die Jamaica-Regierung will mit diesem Gesetzentwurf auf ihren letzten Metern auch ein beschleunigtes Planungsverfahren durch die Hintertür etablieren, das die über Jahrzehnte erkämpften und durch EU-Rechte verbrieften bürgerlichen Mitbestimmungsrechte beschneidet“ empört sich Ole Eggers, Landesgeschäftsführer des BUND SH. „Sie ist damit auf dem vom Bundeswirtschaftsminister vorgegebenen Irrweg, öffentliche Diskussionen und zivilgesellschaftliche Beteiligung an kritischen Projekten zu verhindern“. Es ist auch auf nationaler Ebene eine Neuheit, dass ein nachrangiges Landesgesetz genutzt wird, um aus Gründen des angeblichen Klimaschutzes und der Energiesicherheit eine der EU-Gesetzgebung widersprechende Planungsbeschleunigung gesetzlich zu verankern.

Dass die Änderung des Landeswassergesetzes nicht im zuständigen Umwelt-, sondern im Wirtschaftsausschuss verhandelt wird, ist dagegen delikater. „Mit diesem parlamentarischen Fehltritt wird die grundsätzliche 2 von 2 Haltung der jetzigen Landesregierung erkennbar, welche Bedeutung die Umweltbelange gegenüber den Wirtschaftsinteressen haben. Parteien, die im Parlament für einen LNG-Port stimmen, sind für Klimaschützer*innen nicht wählbar“ so Eggers abschließend.

Kontakt für weitere Informationen

Ole Eggers BUND-Landesgeschäftsführer Tel. 0178 635 07 19 Mail: ole.eggerts@bund-sh.de

.) Ex-Putin-Berater Gromyko: „Der Westen benutzt die Ukrainer als Kanonenfutter“
: <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/ex-putin-berater-gromyko-der-westen-benutzt-die-ukrainer-als-kanonenfutter-li.224161> - Der russische Politologe Alexei Gromyko glaubt nicht, dass deutsche Panzer in der Ukraine entscheidend sind. Die nukleare Gefahr sieht er aber ebenfalls nicht. Alexei Gromyko (53) ist Leiter des Europa-Instituts an der Russischen Akademie der Wissenschaften und Enkel des berühmten sowjetischen Außenministers Andrei Gromyko (aka „Mr. Njet“), der unter anderem für den Satz bekannt ist: „Zehn Jahre Verhandlungen sind immer besser als ein Tag Krieg“. Anfang März hatte Gromyko eine internationale unterzeichnet, die in einer ihrer Klauseln alle Kriegsparteien auffordert, das Feuer ohne Vorbedingungen einzustellen und einen Verhandlungsprozess einzuleiten. In Russland ist so eine Erklärung für einen namhaften Regierungsberater zu vergleichen mit dem Schritt, sich öffentlich gegen den Krieg zu positionieren.
Ende März

Präsident Wladimir Putin Gromyko aus dem Expertenrat beim Sicherheitsrat der Russischen Föderation aus, einer Art Politbüro 2.0, ohne Erklärung von Gründen. Gromyko vermutet, dass die russischen Behörden die Empfehlungen der Sachverständigen ohnehin nicht beherzigt hätten. Nun warnt Gromyko in einem Gespräch mit der Berliner Zeitung die Bundesregierung vor unvorsichtigen Schritten in der Ukraine.

.) Erfolg für Kriegstreiber : <https://www.jungewelt.de/artikel/425428.ukraine-krieg-erfolg-f%C3%BCr-kriegstreiber.html> - Ramstein-Konferenz: Berlin gibt Druck nach und will schwere Waffen an Kiew liefern. Weitere Aufrüstungstreffen im Monatstakt geplant. Bald auch in der Ukraine: Deutsche Flugabwehrpanzer vom Typ »Gepard« - Washington hat versucht, die Waffenstellerkonferenz in Ramstein zu nutzen, um zumindest einige Staaten jenseits der transatlantischen Welt in die antirussische Front einzubinden. Das ist bislang nicht gelungen. Außer den Staaten der EU und Nordamerikas sowie deren sechs engsten asiatisch-pazifischen Verbündeten beteiligt sich nach wie vor kein Land an den Sanktionen. Nach Ramstein hatten die USA nun Vertreter dreier Staaten aus Nah- und Mittelost (Israel, Jordanien, Katar) und von vier aus Afrika geladen (Kenia, Liberia, Marokko, Tunesien).

Die Angaben darüber, wer mit welchem Status teilnahm, widersprechen sich. Unklar ist außerdem, was eine etwaige Teilnahme überhaupt für Konsequenzen hat. Nun also doch: Deutschland liefert Kiew schwere Waffen. Die ukrainischen Streitkräfte würden Flugabwehrpanzer vom Typ »Gepard« erhalten, die einst die Bundeswehr genutzt habe, teilte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) am Dienstag auf der Waffenstellerkonferenz ihres US-Amtskollegen Lloyd Austin in Ramstein mit. Von bis zu 50 Stück war die Rede, die beim Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann eingelagert seien und nun für den Einsatz bereitgemacht würden. Eventuell kämen noch Schützenpanzer vom Typ »Marder« hinzu. Bisher hatte insbesondere die SPD versucht, die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine zu vermeiden. Die Gefahr ist schließlich beträchtlich, dass der Westen von einer verdeckten zur offenen Kriegspartei wird und der Ukraine-Krieg zum Weltkrieg mutiert. In Ramstein führte jedoch der gewaltige Druck von Transatlantikern im Inwie im Ausland den Umschwung herbei.

Nun also doch: Deutschland liefert Kiew schwere Waffen. Die ukrainischen Streitkräfte würden Flugabwehrpanzer vom Typ »Gepard« erhalten, die einst die Bundeswehr genutzt habe, teilte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) am Dienstag auf der Waffenstellerkonferenz ihres US-Amtskollegen Lloyd Austin in Ramstein mit. Von bis zu 50 Stück war die Rede, die beim Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann eingelagert seien und nun für den Einsatz bereitgemacht würden. Eventuell kämen noch Schützenpanzer vom Typ »Marder« hinzu. Bisher hatte insbesondere die SPD versucht, die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine zu

vermeiden. Die Gefahr ist schließlich beträchtlich, dass der Westen von einer verdeckten zur offenen Kriegspartei wird und der Ukraine-Krieg zum Weltkrieg mutiert. In Ramstein führte jedoch der gewaltige Druck von Transatlantikern im In- wie im Ausland den Umschwung herbei.

Letztlich ist der Bundesregierung in den vergangenen Tagen ähnliches widerfahren wie der Regierung Frankreichs im September 2021, als die Vereinigten Staaten mit Großbritannien und Australien den AUKUS-Pakt schlossen. Dieser zerschlug faktisch die strategische Partnerschaft, die zuvor Frankreich mit Australien eingegangen war, um seine Interessen im Indischen und im Pazifischen Ozean durchzusetzen. Canberra schwenkte mit dem Pakt auf die US-Linie ein, Washington übernahm im »Indopazifik« die alleinige Führung auf westlicher Seite. Damit war klar: In einer Zeit, in der sich der Großkonflikt mit China immer weiter zuspitzt, duldet die Regierung von US-Präsident Joseph Biden strategisch keine innerwestlichen Rivalitäten mehr. Ähnlich geht Washington jetzt im großen Machtkampf gegen Russland vor. Die militärische Hartnäckigkeit der Ukraine bietet dem Westen die unerwartete Chance, den russischen Streitkräften schwer zuzusetzen und Moskau zumindest machtpolitisch eine gravierende Niederlage zu bereiten. Damit hätten die USA nicht nur ihren russischen Rivalen auf absehbare Zeit geschwächt, sie hätten zudem ein anderes Problem gelöst, mit dem sich ihre Strategen schon lange Zeit herumschlagen: Ihr zentraler Machtkampf gegen China ist kaum zu gewinnen, wenn sie es neben der Volksrepublik zugleich mit Russland zu tun haben. Im Januar hatte das Wall Street Journal US-Regierungsmitarbeiter mit dem Plädoyer zitiert, man solle zwischen Moskau und Beijing einen Keil zu treiben suchen. Nun aber geht vielleicht mehr: Austin erklärte in Ramstein, er wolle Russland dramatisch »geschwächt sehen«, es also als Machtfaktor ausschalten.

Dazu braucht es allerdings aus US-Sicht auf westlicher Seite nicht nur die Bereitschaft zur Eskalation, sondern auch größtmögliche Geschlossenheit. Daher der enorme Druck auf Berlin, den Widerstand gegen die Lieferung schwerer Waffen aufzugeben. Als Speerspitze fungieren Polen, die baltischen Staaten und die Ukraine für Washington. Noch am Montag hatte die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas in Berlin Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) öffentlich vorgeführt – auf seine Warnung vor einem Weltkrieg mit der abfälligen Äußerung reagierend, Moskau sei »sehr gut darin, die jeweiligen Ängste in verschiedenen Ländern zu adressieren«. Schon zuvor hatten Repräsentanten der Ukraine vor allem die SPD attackiert – von Präsident Wolodimir Selenskij, der seinen deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier mit einer demonstrativen Ausladung brüskierte, bis zu Botschafter Andrij Melnyk mit seinen bodenlosen Tiraden. Washington selbst setzte schließlich all dem die Krone auf, indem es seine Waffenstellerkonferenz nach Ramstein und damit auf deutsches Territorium verlegte.

Hartnäckigkeit zahlt sich aus: Berlin hat in Ramstein den Widerstand gegen die

Lieferung schwerer Waffen aufgegeben – und prompt lobte Austin gönnerhaft, das sei ein »bedeutender« Schritt, Deutschland sei »ein toller Freund und Verbündeter« der Vereinigten Staaten. Die Zusammenkunft auf einer Militärbasis stellte zudem – nicht nur – symbolisch klar: Das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland ist ein Verhältnis des Krieges. Und das soll es nach dem Willen der rund 40 beteiligten Staaten auch bleiben: Die »Ukraine Defense Consultative Group«, wie sich das Treffen in Ramstein nannte, wird von nun an monatlich zusammenkommen und die weitere Aufrüstung der Ukraine organisieren. Im Grundsatz hat die Waffenstellerkonferenz auch schon die Zeit nach dem Ende des Krieges im Blick. Dann wird es aus westlicher Sicht darum gehen, die Ukraine so weit wie möglich als Prellbock gegen Russland zu stabilisieren und sie entsprechend zu bewaffnen. Austin bekräftigte in Ramstein noch, selbstverständlich stehe dem Land ein NATO-Beitritt unverändert offen.

.) Nach der Wahl: Frankreich könnte zum Problemfall für Europa werden / Lebenslüge Atomenergie : <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/frankreich-emmanuel-macron-eu-stabilitaetspakt-1.5572970> - So will er weiter die Energiekosten der Bürger subventionieren und die Spritpreise rabattieren. Das ist aus vielerlei Hinsicht problematisch. Denn damit finanziert er in Zeiten aufkommender Stagflation den Privatkonsum und riskiert, die Inflation weiter anzukurbeln. Und zweitens konterkariert er damit eine auch in Frankreich notwendige Energiewende hin zur Klimaneutralität. Die richtige Alternative wäre, die Menschen zu einem geringeren Energiekonsum anzuleiten und sie weg vom Fahrzeug mit Verbrennungsmotor zu lotsen. Dazu dient in vielen Ländern eine Kohlendioxidsteuer. Die plante Macron auch einmal, beerdigte sie aber nach den "Gelbwesten"-Protesten und grub sie nie wieder aus - ein weiterer Fehler. Stattdessen sonnt sich Frankreich in der Lebenslüge, die Atomenergie sei umweltfreundlich. Weil Frankreich diese Fehleinschätzung auch in der EU erfolgreich vertritt, leitet es die Union auf einen falschen Kurs. Schlimmer für Europa und die jüngere Generation ist Frankreichs Haushaltspolitik. Wegen seiner innenpolitischen Ungeschicklichkeit wird es Macron bald mit einer Opposition zu tun haben, bei der es zum Geldausgeben gar keine Alternative geben wird. Schon jetzt reagieren die Finanzmärkte nervös darauf.

.) Wenn die Inflation täglich klingelt: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163314.entlastungspaket-wenn-die-inflation-taeglich-klingselt.html> - Das Entlastungspaket der Bundesregierung reicht nicht / Belastete Entlastung,Arme

bekommen wenig, Rentner*innen gehen zum Teil leer aus und um das 9-Euro-Ticket gibt es Streit. Autofahrer*innen werden beim Entlastungspaket berücksichtigt, Rentner*innen nicht.

Ding Dong, hier ist die **Inflation**. Ich komme, um Ihnen das Geld aus der Tasche zu ziehen - täglich! Vor der Entwertung von Einkommen und Renten gibt es kein Entkommen und ein Ende der Preissteigerungen ist nicht Sicht. So mag denn auch nicht so recht Freude aufkommen über das jüngste am Mittwoch vom Bundeskabinett fertiggeschnürte Entlastungspaket, das die Ampel den Bundesbürger*innen schicken will. Was die Bundesregierung da hineingepackt hat, sind nämlich einmalige Zuschüsse, oder zeitlich befristete Maßnahmen, die weder in der Lage sind, den täglichen Schwund im Geldbeutel ansatzweise auszugleichen, noch irgendetwas an den aufgelaufenen strukturellen Defiziten - etwa der jahrelang willentlich hintertriebenen Energiewende – ändern.

Nun gut, mit derlei Symbolpolitik soll auch gar nichts gelöst, sondern lediglich signalisiert werden, dass die Regierenden die Belastungen für die Bürger*innen wahr- und ernstnehmen. Umso schlimmer, wenn eine große gesellschaftliche Gruppe weniger in ihrem Päckchen vorfinden wird. Rentner*innen nämlich bleiben nun tatsächlich trotz der massiven Kritik von Sozialverbänden bei der Energiepreispauschale von 300 Euro außen vor. Auch ein Symbol.

<https://jungle.world/artikel/2022/14/z-wie-fuer-den-sieg>

.) Ampel will hohe Energiepreise abfedern: <https://taz.de/Ampel-will-hohe-Energiepreise-abfedern/!5851228/> -Kabinett beschließt Entlastungen,,Die Bundesregierung hat sich auf ein zweites großes Maßnahmenpaket geeinigt, das die sozialen Folgen der hohen Energiepreise abdämpfen soll. Eine Übersicht. Die Bundesregierung hat ihr zweites Paket zur Entlastung der Verbraucher bei den Energiekosten auf den Weg gebracht. Das Kabinett beschloss am Mittwoch mehrere Entwürfe für Gesetzesänderungen, denen der Bundestag noch zustimmen muss. Es profitieren Bahn- wie Autofahrer und fast alle Erwerbstätigen. Doch umstritten ist, ob die Hilfen die explodierten Preise auch nur annähernd abfedern können. Das wird letztlich auch vom Verlauf des Krieges – und einem möglichen Lieferstopp für russisches Gas – abhängen. Die Spitzen der Koalition aus SPD, Grünen und FDP hatten sich Ende März auf das Paket geeinigt, als klar wurde, welche Auswirkungen der russische Krieg in der Ukraine auf die Preise an der Tankstelle, beim Heizen und auch im Supermarkt in Deutschland haben würde. Bereits im Februar war unter anderem die Abschaffung der EEG-Umlage über die Stromrechnung ab Juli beschlossen worden – darüber soll der Bundestag an diesem Donnerstag endgültig entscheiden. Was im zweiten Entlastungspaket steckt: Sprit soll durch geringere Energiesteuern billiger werden **Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine schnellten hierzulande die Spritpreise nach oben**

– teilweise um zweistellige Centbeträge pro Tag und Liter. Super E10 erreichte seinen Höhepunkt laut ADAC am 14. März mit 2,203 Euro im bundesweiten Tagesdurchschnitt – das sind gut 45 Cent mehr als am Tag vor Kriegsausbruch. Diesel war am 10. März mit 2,321 Euro pro Liter am teuersten – ein Plus von fast 66 Cent im Vergleich zum Vorkriegsstand.

Die Ampel-Koalition beschloss daher, die Energiesteuern auf Kraftstoffe für drei Monate – von Anfang Juni bis Ende August – so weit zu senken, wie es EU-Richtlinien erlauben. Man setzt darauf, dass die Unternehmen das auch an die Kunden weitergeben. Bei Benzin reduziert sich der Steuersatz laut Finanzministerium um 35 Cent pro Liter, bei Diesel um 17 Cent.

Die Absenkung ist umstritten, denn inzwischen sind die Spritpreise auch so schon wieder spürbar gesunken. Am Dienstag kostete E10 den ADAC-Zahlen zufolge 1,954 Euro pro Liter, Diesel 2,019 Euro.

.) Die russischen Nationalbolschewisten unterstützen den Krieg gegen die Ukraine, Z wie für den Sieg, Auf einer Konferenz in Sankt Petersburg tauchten Nachfolger der Nationalbolschewistischen Partei zusammen mit der KPRF auf : <https://jungle.world/artikel/2022/14/z-wie-fuer-den-sieg>

.) Waffenlieferungen und Sondervermögen: <https://taz.de/Waffenlieferungen-und-Sondervermoegen/!5851361/> -Ampel unter Druck, Wie soll Deutschland der Ukraine helfen? Darüber gibt es Streit zwischen Regierung und CDU/CSU. Knackpunkt ist das Sondervermögen für die Bundeswehr.

Als es am Donnerstag Vormittag zur Abstimmung geht, sind sich Ampel und Union für einen Moment einig. Eine Neinstimme aus der CDU, drei Enthaltungen bei FDP und Grünen, sonst stimmen alle zu: Mit großer Mehrheit geht im Bundestag der gemeinsame Antrag zur Unterstützung der Ukraine durch. Das Parlament begrüße die Waffenlieferungen, die die Bundesregierung bereits beschlossen hat, steht unter anderem darin. Und: In Zukunft solle sie nach Möglichkeit noch mehr und auch mehr schwere Waffen liefern. Bindend ist dieser Beschluss nicht, aber er hat symbolische Wirkung. Ein kurzer Schulterschluss der Koalition mit der größten Oppositionsfraktion.

Aber auch nur ein ganz kurzer. In der Debatte, die der Abstimmung am Morgen vorangeht, werden die Differenzen einmal mehr offenbar. Als erster bringt Friedrich Merz Schärfe ins Plenum. „Zögern, Zaudern, Ängstlichkeit“, wirft der CDU-Chef dem Bundeskanzler vor. Über Wochen habe Olaf Scholz Fragen nach Waffenlieferungen „offengelassen und ausweichend beantwortet“. Aus Sicht der Union ist es ihr

Verdienst, dass die Bundesregierung in dieser Woche erstmals den Export schwerer Waffen in die Ukraine genehmigt hat. Tatsächlich hatten CDU und CSU Druck gemacht. Schon letzte Woche hatte sie in einem Antragsentwurf radikale Forderungen erhoben, etwa nach der Lieferung von Leopard-2-Panzern aus Bundeswehrbeständen. Im Bundestag reagierte die Koalition zunächst mit einem eigenen, weicher formulierten Gegenantrag. Auf dessen Basis einigten sich beide Seiten dann auf die gemeinsame, am Donnerstag verabschiedete Version. Merz verweist aber nicht nur auf den Druck der Union, sondern auch auf die Bruchlinien innerhalb der Koalition. „Das Problem für den Bundeskanzler war und ist bis zum heutigen Tag die Kritik aus den eigenen Reihen“, sagt er, und legt damit den Finger in die Wunde. Er meint die kleine Gruppe um den Grünen Toni Hofreiter, die laut und konfrontativ für die Lieferung schwerer Waffen geworben und damit innerhalb der Koalition viel Zorn auf sich gezogen hatten.

Ginge es aber nur um die Waffenlieferungen: Die Ampel könnte solche Sticheleien der Union gut als Oppositionsgeköll abtun. Die Koalition sei bei den schweren Waffen ja keineswegs unentschieden und zögerlich gewesen, argumentieren ihre Vertreter*innen. Aber gut Ding wolle eben Weile haben. In den Worten der Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann: „Wir wägen ab, wir zweifeln, ja, und wir hadern – aber wir entscheiden.“

Wortgefecht zwischen Klingbeil und Merz

Schwieriger sind für die Koalition die Differenzen über das Sondervermögen für die Bundeswehr, bei der sie anders als bei den Waffenlieferungen Stimmen der Union benötigt. Um, wie geplant, Kredite in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Verteidigungspolitik aufnehmen zu können, will die Ampel das Grundgesetz ändern. Dafür ist eine Zweidrittelmehrheit nötig. Im gemeinsamen Antrag vom Donnerstag bekennt sich die Union zwar grundsätzlich zum Sondervermögen. Details sind darin aber ausgeklammert. Auf die kommt es aber an.

Andreas Schwarz, SPD

„Zwei Prozent in die Verteidigung stecken: Das hat im Grundgesetz nichts zu suchen“ CDU und CSU haben schon vor Wochen Bedingungen für ihre Zustimmung zur Grundgesetzänderung aufgestellt. Merz erinnert am Donnerstag noch mal daran. „Wir haben noch einen langen Weg vor uns. Wir sind zu keinem dieser Punkte bisher übereingekommen“, sagt er.

[SPD-Chef Lars Klingbeil antwortet später angriffslustig](#). „Das hätte heute eine staatspolitische Rede von Ihnen werden können. Es ist aber eine parteipolitische Rede geworden“, sagt er. Dafür sei „hier kein Platz“. Im rhetorischen Schlagabtausch gelingt Klingbeil damit der Ausgleich, die Streitpunkte löst er damit aber auch nicht. Am schwersten wiegt die Frage, ob Deutschland dauerhaft zwei Prozent seiner Wirtschaftskraft in die Verteidigung stecken soll, wie es in der Nato vereinbart ist. Die Koalition ist dagegen, die Quote in der Verfassung festzuschreiben. „Das hat im

Grundgesetz nichts zu suchen“, so SPD-Haushälter Andreas Schwarz zur taz. „Das würde nachfolgenden Parlamenten Spielraum bei der Haushaltsführung nehmen und letztendlich dem Parlament das Recht nehmen, den Haushalt zu gestalten.“ Wer dauerhaft zwei Prozent erreichen möchte, müsse sie jedes Jahr wieder in den Haushalt schreiben und nicht ins Grundgesetz, so Schwarz.

Geld, das für Sozialausgaben gebraucht wird

Doch genau darum geht es der Union ja. Sie möchte den Verteidigungsetat erhöhen, zusätzlich zum Sondervermögen. Das würde aktuell bedeuten, dass zu den 50,3 Milliarden die für den Verteidigungsetat eingeplant sind, noch einmal über 20 Milliarden pro Jahr kämen. Geld, das anderswo eingespart werden müsste. Die SPD will das verhindern. Denn die Erzählung, mit der die Führung die Partei hinter sich versammelt, lautet: Wir können, wie geplant, Mindestlöhne erhöhen, die Kindergrundsicherung einführen und ein Bürgergeld beschließen, weil die Mehrausgaben für die Bundeswehr ja aus dem Sondertopf bezahlt werden. Schwarz sieht die Einhaltung dieses Versprechens als Chefsache an. „Der Bundeskanzler spielt immer eine Rolle. Ich kann mir vorstellen, dass das auch hier der Fall sein wird.“ Derzeit verhandelt ein anderer federführend für die Ampel mit der Union: [Finanzminister Christian Linder](#).

.) Verlängerung der AKW-Laufzeiten? "Kernbrennstoff kann man nicht bei Aldi kaufen" : <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Renaissance-der-Atomkraft-im-Klima-Labor-Vergiftete-Scheindebatte-article23292236.html> - Eine Scheindebatte, für die Atomkraftexperte Mycle Schneider keinerlei Verständnis hat. Es sei verblüffend, wie tief und breit der Graben geworden ist zwischen der Wahrnehmung des Atomsektors und der Realität, erklärt der Herausgeber des "World Nuclear Industry Status Report" (WNISR) im "Klima-Labor" von ntv

.) Fracking in der Altmark? : <https://www.volksstimme.de/lokal/salzwedel/fracking-versuche-bleiben-fur-die-altmark-aktuell-605039> - Bemühungen, den Bedarf an russischem Erdgas zu senken, gehen in eine völlig falsche Richtung. Seit 2010 haben die Bundesregierungen durch bürokratische und finanzielle Hindernisse den Ausbau erneuerbarer Energien gezielt abgebremst, um den klima- und umweltschädlichen Fossil-Konzernen Geschäftsfelder zu erhalten. Das erforderte umfangreiche Gas- und Öl-Importe aus Russland. Die Einnahmen daraus ermöglichten Putin den Aufbau seiner Militärmacht. Besagte Bundesregierungen haben daher eine direkte Mitschuld an den Verbrechen des Ukraine-Krieges. Jetzt will die Bundesregierung Gas- und Ölimporte aus Russland einschränken. Richtig

wäre, die verfehlte Energiepolitik des vergangenen Jahrzehnts umzukehren und sämtliche Hindernisse des Erneuerbarenausbaues schlagartig aus der Welt zu schaffen.

Der Grüne Wirtschaftsminister Habeck macht aber das Gegenteil. Er setzt auf den klima- und umweltschädlichsten Brennstoff, den es überhaupt gibt: auf das per Fracking geförderte LNG (verflüssigtes Erdgas). Daneben werden Anstrengungen unternommen, die Erdgasreste, die sich noch im deutschen Boden befinden, intensiviert auszubeuten. Diesbezüglich wird das Frackingverbot, das bisher hierzulande gilt, in Frage gestellt.

Hierzu erklärt die Bürgerinitiative „Saubere Umwelt & Energie Altmark“:
„Sollten sich Gedankengänge, Fracking auch in der Altmark anzuwenden, konkretisieren, werden wir mit allen uns verfügbaren Möglichkeiten dagegen vorgehen. Bei diesem rabiaten Verfahren werden giftige Flüssigkeiten in großer Menge und mit Drücken von vielen hundert Bar in den Untergrund gepresst, um das Gestein aufzubrechen. Dabei kommt es zu Niveau-Hebungen und -Senkungen und Erdbeben, die Gebäudeschäden verursachen. Das Grundwasser wird gefährdet, welches sich aufgrund klimawandelbedingter Trockenheit bereits auf einem historischen Tiefststand befindet. Zusätzlich wird es durch giftige Hinterlassenschaften der bisherigen Erdgasförderung kontaminiert. Aus dem undichten „Silbersee“ bei Brüchau gehen Tag für Tag Giftfrachten in Größenordnungen ins Grundwasser über. Von den weiteren 1.700 Bohrschlammgruben im Altmarkkreis Salzwedel wurden ca. zwei Drittel lediglich mit Erde überschoben und auf Dichtigkeit nicht einmal überprüft. - Nein, dieses schmutzige Geschäft darf nicht weiter geführt werden!“

Klima-Urteil des Verfassungsgerichtes und IPCC-Bericht: Schnee von gestern
Das Bundesverfassungsgericht hat mehr Klimaschutz angemahnt, der Weltklimarat hat - so drastisch wie nie zuvor – auf das schnelle Tempo der Erwärmung hingewiesen und endlich wirksame Gegenmaßnahmen verlangt. Seit dem Ukraine-Krieg ist das alles aber vergessen. Niemand kommt darauf, dass Krieg vor allem anderen für das Klima tödlich ist. - Der Gepard-Panzer, der jetzt an die Ukraine geliefert werden soll, verbraucht 500 Liter Diesel auf 100 km. - was läppisch ist im Vergleich zu den Treibhausgasen, die durch den Krieg insgesamt freigesetzt werden. Beide Kriegsparteien – und mit ihnen alle Menschen – können daher nur verlieren. Ausgerechnet die Grünen sind es, die die Erkenntnis der Friedensbewegung „Frieden schaffen ohne Waffen“ abgewandelt haben in „Frieden schaffen durch schwere Waffen“. Schwere Waffen schaffen aber keinen Frieden, sondern verlängern den Krieg, produzieren mehr Tote, mehr Verletzte, mehr Flüchtlinge und versetzen dem Klima den Todesstoß.

Das einzig Sinnvolle: Eigeninitiative für Insellösungen aus erneuerbaren Energien

Wenn es um Bürokratieabbau für LNG geht, ist Habeck richtig einfallsreich: Um langwierige Genehmigungsverfahren zum Bau von Anlande-Häfen zu umgehen, hat er schwimmende Terminals geordert. In der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurde der vor der Wahl versprochene Bürokratieabbau nicht realisiert. Hier sollen die Hindernisse bestehen bleiben. - Es wird immer offensichtlicher: Interesse an der Energiewende besteht in den unteren und mittleren Schichten der Gesellschaft. Weiter oben will man die Energiewende nicht und tut nur so als ob.

Wer sich in seiner Handlungs- und Marktfreiheit nicht fesseln lassen will, muss eigeninitiativ werden und die Möglichkeit von Insellösungen ausschließlich mit erneuerbaren Energien wahrnehmen.

.) VGH Mannheim hat den Eilantrag auf Stilllegung des AKW Neckarwestheim II abgelehnt : <https://www.stimme.de/regional/region/eilantrag-gegen-betrieb-von-gkn-2-art-4493595> - Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg ("VGH Mannheim") hat nach 9,5 Monaten)und damit mehr als der Hälfte der zum Antragszeitpunkt noch gültigen restlichen AKW-Betriebszeit) festgestellt, dass keine Eilbedürftigkeit vorliege, dass die Atomaufsicht sowieso immer Recht habe ("exekutiver Funktionsvorbehalt") und dass er im Atomrecht nicht über Tatsachen, sondern allenfalls über mögliche Willkür der Atomaufsicht urteilen dürfe. Eine Willkür der Aufsicht konnte er allerdings dank angestrebten Wegsehens nicht entdecken.

Zudem argumentiert das Gericht einerseits, dass eine Entscheidung in unserem Sinn wegen der zeitlichen Nähe zum 31.12.2022 eine ungerechtfertigte Vorwegnahme der Hauptsache wäre, und nimmt damit doch selbst die Hauptsache faktisch vorweg - und begründet mit dieser faktischen Vorwegnahme sogar die Höhe des Streitwerts, den er ausdrücklich an einem Hauptsacheverfahren statt an einem Eilverfahren bemisst.

Insgesamt sehr bedauerlich, wenn auch nicht wirklich unerwartet. Immerhin kam der VGH in seinen Verrenkungen nicht ganz daran vorbei, auch einzelne Dinge zu formulieren, die wir vielleicht doch noch für uns nutzen können.

Pressemitteilung

Hamburg/Neckarwestheim, 29. April 2022

Gemeinsame Pressemitteilung von .ausgestrahlt und Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar (BBMN)

AKW Neckarwestheim: Entscheidung des VGH Mannheim erhöht die Rissgefahr

VGH Mannheim lehnt Eilantrag auf einstweilige Stilllegung des AKW

Neckarwestheim-2 ab / Atomkraftgegner kritisieren Flachrechnung gefährlich tiefer Risse / Rissgefahr weiter akut, Bersten von Rohren weiterhin nicht ausgeschlossen /

AKW wird weiter bewusst auf Verschleiß gefahren

Wie am (29.04.2022) bekannt wurde, hat der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim den Eilantrag von Atomkraftgegnern auf vorläufige Einstellung des Betriebs des AKW Neckarwestheim wegen der akuten Gefahr gefährlicher Risse in sicherheitsrelevanten Rohren des Reaktors abgelehnt und erlaubt, den Reaktor weiter auf Verschleiß zu fahren. Hierzu erklären Armin Simon von .ausgestrahlt und Franz Wagner vom Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar (BBMN):

"Die Physik richtet sich leider nicht nach den juristischen Abwägungen baden-württembergischer Verwaltungsrichter in einem Eilverfahren. Die Rissgefahr im AKW Neckarwestheim ist durch die Entscheidung des VGH Mannheim keineswegs gebannt – ganz im Gegenteil: Der Weiterbetrieb des AKW vergrößert die Gefahr weiterer Risse. Nach wie vor herrschen in dem Reaktor korrosive Bedingungen, die zu immer neuen Rissen führen. Es besteht weiter die akute Gefahr, dass rissige Rohre schon beim Auftreten von Betriebsstörungen spontan bersten. Ein derartiger Kühlmittelverluststörfall könnte sich bis zum Super-GAU entwickeln, die radioaktive Wolke könnte weite Teile Süddeutschlands radioaktiv kontaminieren.

EnBW führt mit der von ihr praktizierten Flachrechnung von Rissen im AKW Neckarwestheim seit Jahren Aufsichtsbehörden und Gutachter an der Nase herum. Durch diese Mittelung der Ristiefe über den gesamten Rohrumfang verwandeln sich gefährlich tiefe echte Risse auf dem Papier in harmlose flache fiktive Risse. Dieses von EnBW selbst erfundene Verfahren missachtet gleichermaßen geltende Sicherheitsvorschriften wie physikalische Gesetze.

Die baden-württembergische Atomaufsicht hat diese Flachrechnung gefährlich tiefer Risse stets ohne jeden Nachweis akzeptiert. Erst aufgrund unseres Eilantrags vor dem VGH legte EnBW dann Rechenmodelle vor, welche nachträglich eine ausreichende Stabilität der Rissrohre nachweisen sollten. Diese Modelle gehen allerdings irreführend von einer mehr als dreimal so dicken Restwandstärke der Rohre aus wie tatsächlich gemessen (14 % bzw. 0,17 mm angenommene Restwandstärke gegenüber 0,1–4 % bzw. 0,001–0,05 mm real gemessene Restwandstärke). Als Sicherheitsnachweis für die Rissrohre in Neckarwestheim sind diese Rechenmodelle schlicht unbrauchbar. Der Aufsichtsbehörde fiel auch dies allerdings nicht auf.

Die Richter am VGH waren im Eilverfahren nicht willens, diese Täuschung zu entlarven. Mit Blick auf die vom AKW Neckarwestheim weiterhin ausgehende akute Gefahr eines schweren Atomunfalls ist das fatal. Die vorläufige Gerichtsentscheidung im Eilverfahren entbindet die Atomaufsicht aber nicht von ihrer Pflicht, die Behauptungen der AKW-Betreiber kritisch zu hinterfragen und zu überprüfen und den Betrieb des Reaktors zu unterbinden, solange keine gültigen Sicherheitsnachweise vorliegen. Diese Pflicht hat die einem grünen Umweltministerium in Stuttgart unterstellte Behörde im vorliegenden Fall vorsätzlich

vernachlässigt.

Der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof missachtet mit seinem Entscheid darüber hinaus die Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts (Wyhl-Urteil 1985), wonach ein AKW nicht bis an die Gefahrengrenze betrieben werden darf und die Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden stets auf der sicheren Seite sein müssen. Genau dies ist in Neckarwestheim aber nicht der Fall: Statt den

Schadensmechanismus abzustellen und für rissfreie Rohre zu sorgen, begnügt sich die Atomaufsicht damit, die Rohre einmal im Jahr auf Risse abzusuchen und darauf zu hoffen, dass in der Zwischenzeit nichts passiert. 'Bestmögliche Gefahrenabwehr und Risikovorsorge', wie sie das Bundesverfassungsgericht bereits im Kalkar-Beschluss von 1978 gefordert hat, sieht auf jeden Fall anders aus.

Wir fordern das baden-württembergische Umweltministerium auf, den Maulkorb, den es seinen Gutachtern erteilt hat, zu widerrufen und endlich eine fachliche Auseinandersetzung über die Risse und die von EnBW praktizierte Flachrechnung derselben zu ermöglichen. Bis zum Vorliegen von validen Sicherheitsnachweisen oder der restlosen Beseitigung der korrosiven Bedingungen in den Dampferzeugern des AKW muss der weitere Betrieb des Rissreaktors Neckarwestheim II umgehend unterbunden werden."

Hintergrund:

Im AKW Neckarwestheim II werden seit 2017 jedes Jahr neue Korrosionen in den Dampferzeugern des Reaktors nachgewiesen, darunter bisher mehr als 300 zum Teil lange und gefährlich tiefe Risse. Ursache der Risse ist die gefährliche Spannungsrisskorrosion. Alle Bedingungen für das Auftreten von Spannungsrisskorrosion sind im AKW Neckarwestheim II weiterhin gegeben. Mit Unterstützung von .ausgestrahlt und dem BBMN haben zwei Anwohner*innen des AKW Ende 2020 beim VGH Mannheim Klage gegen dessen Weiterbetrieb eingereicht (Az. 10 S 4004/20). Darüber hinaus haben sie den Erlass einer einstweiligen Anordnung beantragt (Eilantrag, Az. 10 S 1870/21), um den weiteren Betrieb des AKW Neckarwestheim-2 vorläufig zu untersagen. Diesen Antrag hat der VGH nun unter Verweis auf den "exekutiven Funktionsvorbehalt" der Atomaufsicht abgelehnt. Eine eigene Prüfung haben die Richter nicht vorgenommen. Über die Klage in der Hauptsache hat der VGH noch nicht entschieden. Durch die unvertretbar lange Verfahrensdauer des Eilverfahrens von fast 10 Monaten und damit mehr als der Hälfte der restlichen Betriebszeit des AKWs hat das Gericht jedoch in aus unserer Sicht unzulässiger Weise die Hauptsache vorweggenommen, ohne in der hierfür notwendigen Tiefe zu prüfen.

.) Auch auf dem Mars: Photovoltaik besser als Atomenergie :

<https://www.heise.de/news/Bemannte-Mars-Mission-Photovoltaik-der->

[Atomenergie-an-meisten-Orten-ueberlegen-7068755.html](https://www.zeitung.de/atomenergie-an-meisten-orten-ueberlegen-7068755.html) -

Sollten mehrere Menschen für über ein Jahr auf dem Mars bleiben, würde Solarenergie effizienter Strom liefern als Atomenergie.

.) Kinder als Faustpfand : <https://taz.de/Krieg-in-der-Ukraine!/5849294/> -

Menschen aus der Ukraine werden nach Russland verschleppt, darunter zahlreiche Kinder. Moskau behauptet, viele von ihnen seien Waisen.

DNIPRO/MOSKAU Er mag fünf oder sechs Jahre alt sein, hat schwarze Haare und eine Zahnlücke, David sein Name. „Da waren Panzer“, sagt er, „sie schossen ganz viel. Wir gingen in den Keller.“ Mit seinem Bruder Maxim ist er in einem Video zu sehen, das die russische Nachrichtenagentur Ria im März verbreitete. Das Thema: Was die „Regierung“ der „Volksrepublik Donezk“ und die Regierung Russlands alles täten, um Kinder aus dem Kriegsgebiet zu holen. Wobei Russland die Kampfhandlungen natürlich nicht „Krieg“, sondern „militärische Spezialoperation“ nennt.

David und Maxim wie auch siebzehn weitere Jungen und Mädchen, so Ria, seien [Kinder und Pflegekinder aus Mariupol](#), deren Eltern die Kinder abgegeben hätten oder deren Pflegeeltern verschollen seien. Russland betrachtet sie als Waisen. Im Beitrag heißt es: Die Kinder seien zur Kur in einem Mariupoler Sanatorium gewesen, als die Angriffe auf die Stadt begonnen hätten. Alle Erwachsenen aus dem Sanatorium hätten die Stadt und die Kinder verlassen, wird behauptet.

Erst russische Truppen hätten die Mädchen und Jungen zwischen 4 und 17 Jahren „gerettet“ und in ein Waisenheim in Donezk gebracht. Auch in anderen russischen Staatsmedien finden sich die Gesichter der beiden Brüder. Es sind Beiträge über ein Waisenheim in Russland.

Nach Angaben ukrainischer und russischer Behörden [bringt Russland jeden Tag Hunderte von Menschen aus der Ukraine weg](#). „Evakuierung“ nennt das Russland. „Kidnapping“, sagt die Ukraine. Die Ukrainer*innen werden in ganz Russland in Übergangswohnheimen untergebracht oder kommen bei Verwandten unter. Oder in Waisenheimen. Journalist*innen wird der Zugang zu solchen Wohneinrichtungen hinter Zäunen verwehrt – oder nur in organisierter Form gestattet.

Der UNHCR bestätigt bislang 550.000 deportierte Ukrainer und Ukrainerinnen, darunter 121.000 Kinder

Nach russischen Angaben will Russland 915.000 Ukrainer*innen aus der Ukraine geholt haben, darunter 170.000 Kinder. 1.700 davon seien elternlos, sagt Russlands Beauftragte für Kinderschutz Maria Lwowa-Belowa kürzlich. Schwer zu sagen, ob diese Zahlen glaubwürdig sind. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) bestätigt bislang 550.000 deportierte Ukrainer*innen, darunter 121.000 Kinder.

„Sie zählen die Leute busweise“, sagt Ludmila Denisowa, die ukrainische Ombudsfrau für Flüchtlinge. „Wir haben um Listen mit allen Familiennamen gebeten. Aber so etwas gibt es noch nicht. Aufgrund der ständigen Kämpfe sind solche Listen derzeit nicht zu bekommen, weil es keinen Zugang zu den russisch besetzten Gebieten gibt. Und zu russischem Staatsgebiet auch nicht.“

Russland vereinfacht derweil das Adoptionsrecht für Kinder aus dem Donbass. Bei allen Berichten in Russland geht es lediglich um die Kinder aus dieser Region, obwohl laut ukrainischen Angaben auch Kinder aus anderen Gebieten der Ukraine entführt worden sein sollen.

Das könnte, so sagen ukrainische Expert*innen, damit zusammenhängen, [dass Russland mit den von Moskau anerkannten Separatistengebieten Donezk und Luhansk an gemeinsamen Gesetzen arbeitet, unter anderem auch am veränderten Adoptionsrecht](#). Deshalb „durchlaufen“ alle von den russischen Truppen mitgenommenen ukrainischen Kinder zunächst sogenannte Fürsorgeeinrichtungen in den „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk, meist in Donezk. Dann gelten sie als „Waisenkinder aus dem Donbass“.

Die Kinder sollen Russisch lernen

In russischen Foren tauschen sich Pflegeeltern über Möglichkeiten einer schnellen Adoption ukrainischer Kinder aus. Die russischen Behörden stören sich nicht einmal mehr an der ukrainischen Staatsbürgerschaft der Kleinen. Ukrainer*innen beklagen, dass es den Russ*innen auch durch solche Maßnahmen um die Zerstörung ukrainischer Identität gehe.

Das russische Staatsfernsehen sendet derweil Bilder vom fröhlichen Empfang der ukrainischen Kinder in der Region Moskau. Geschmückt ist der Bahnhof, der Gouverneur wartet mit Plüschbären in Rosa und Hellblau. Es sind verstörende Bilder, wie er mit dem Spielzeug auf die Kinder zustürmt, Mädchen umarmt, sich freut, wie die Kinder „Mama“ zu ihnen unbekanntem Frauen sagen. Er lässt sich mit den Kindern fotografieren, sich zurufen, dass es ihnen gut gehe. Freiwillige stünden bereits Schlange, um Kinder aufzunehmen und zu adoptieren, heißt es in dem Beitrag.

Bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in dieser Woche erklärte die russische Kinderschutzbeauftragte Lwowa-Belowa, dass spezielle Register angelegt würden für die Waisenkinder aus dem Donbass. Pflegschaften und Adoptionen von Kindern aus der Ukraine sollen so problemloser werden. „Sagen Sie mir, wo die bürokratischen Hürden sind, und wir werden sie eliminieren“, meinte Putin. Nur: Haben die Kinder aus dem Donbass tatsächlich keine Familie mehr? Nein.

Da ist die zwölfjährige Kira Obedinska. Auch sie saß in Mariupol fest. Ihr Vater war am 17. März bei den russischen Luftangriffen ums Leben gekommen, ihre Mutter bereits vor dem Krieg gestorben. Kira soll tagelang neben ihrem toten Vater in einem

Keller ausgeharrt haben. Russische Soldaten hätten das verletzte Mädchen mit anderen Kindern in ein Krankenhaus nach Donezk gebracht, später nach Russland. Laut den russischen Behörden war sie ganz alleine.

Zu Hause in der Ukraine aber kämpften Alexander und Swetlana Obedinski um ihre Enkelin. Sie wollten sie bereits aus Donezk herausholen, was sich als unmöglich herausstellte. Die Behörden verlangten die Vorlage von Vormundschaftsdokumenten. Wie aber sollten sie an die Sterbeurkunde des Sohnes kommen? Die Großeltern gaben nicht auf. Mittlerweile ist Kira wieder bei ihren Verwandten in der Westukraine.

Auch die Brüder David und Maxim sind keine Waisen. Sie sollen eine ukrainische Pflegemutter haben, Ria ließ sie am Telefon zu Wort kommen. Ja, sagt Olga Lopatkina, die Kinder seien zur Kur ins Sanatorium nach Mariupol gefahren, dann seien die Bomben gekommen. „Wir wollten sie rausolen, aber mit dem Auto dauert es von unserem Zuhause in Wuhledar bis nach Mariupol zwei bis drei Stunden. Ich musste mich mit meinen zwei anderen Söhnen selbst im Keller verstecken. Wir sind einfach nicht bis nach Mariupol gekommen“, erzählt sie und spricht von einem „unmenschlichen Leid“. Sie verlor die Verbindung zu David und Maxim, ließ sich mit ihren anderen Kindern evakuieren. Derzeit soll sich die Familie in Frankreich aufhalten. Dass die beiden verlorenen Söhne in Russland sind, hätten ihr die Behörden mitgeteilt. „Aber wie soll ich sie aus Russland herausholen?“, fragt sie und weint fast.

Ukrainer suchen Angehörige in Russland

Wie viele ukrainische Familien ihre Nächsten in Russland suchen, ist nicht bekannt. „Wir müssen jeden konkreten Fall genau überprüfen und versuchen herauszufinden, ob die Kinder, die zu uns kommen, tatsächlich Waisen sind. Von schnellen Adoptionen zu sprechen, ist verfrüht“, sagt die Vorsitzende der Union Russischer Frauen in Moskau, Ekaterina Lachowa. Die Organisation steht der russischen Regierung nahe, widersetzt sich jedoch der Praxis, die Kinder aus der Ukraine schnell in russischen Familien unterbringen zu wollen.

Im Mariupoler Stadtrat versucht man, Buch über alle verschwundenen Kinder zu führen. „Das ist eine äußerst schwierige Angelegenheit, weil wir nur mit den Angaben von Angehörigen arbeiten können. Manchmal fallen uns auch entsprechende Nachrichten in den sozialen Netzwerken auf oder in der russischen Presse. Wir beschäftigen uns systematisch mit diesem Monitoring“, sagt der Vize-Bürgermeister von Mariupol, Arkadi Meschkow. „Nach unseren Informationen können wir bestätigen, dass 5.487 Kinder aus Mariupol fortgebracht wurden.“ Die ukrainische Ombudsfrau Denisowa sagt: „Zurzeit haben wir nur bruchstückhafte Informationen über die Schicksale der Kinder, die nach Russland gekommen sind.“ Sie wüssten, dass sich ein Teil von ihnen im nordrussischen Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen befindet.

Es gebe ukrainische Kinder im zentralrussischen Pensa. „Dort leben sie in einem geschlossenen Lager, sie dürfen das Gelände nicht verlassen. Es heißt, dass sie in Sprachlager kommen, wo sie vom Ukrainischen aufs Russische umlernen müssen.“ Gerade habe sie einen Anruf erhalten, dass 30 Kilometer von Tscheboksary an der Wolga 1.000 ukrainische Bürger*innen aus Mariupol seien. „Und in Wladimir ist eine Gruppe von 14-, 15-jährigen Teenagern aus Mariupol. Eine vollständige Liste der Kinder haben wir noch immer nicht bekommen.“

Unter welchen Bedingungen die Kinder aus der Ukraine in Russland leben, lässt sich kaum herausfinden. Wenn staatsnahe russische Medien berichten, heißt es, dass die Kinder ein „schönes Leben“ und genug zu essen hätten, Kindergärten und Schulen besuchten, und mit „Spielzeug ausgestattet“ seien.

Ausländische Journalist*innen haben keinen Zugang. Sobald das Büro der Kinderschutzbeauftragten Lwowa-Belowa hört, dass sich eine deutsche Zeitung meldet, wimmelt die Sekretärin ab: „Ich weiß auch nicht, warum der Zuständige nicht ans Telefon geht.“ Dabei hat der „Zuständige“ noch gar nicht erfahren, um welches Thema es geht.

.) besonnenheit tut not angesichts der sich überschlagenden aufrüster :

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/mut-zur-besonnenheit-aufruf-von-juergen-habermas-und-kulturschaffenden-dlf-kultur-992825e6-100.html>

.) Russland heute Produkt der westlichen Einmischung -

Neoliberale Schocktherapie des Westens hat Putin den Weg geebnet - Jeder Krieg hat eine Vorgeschichte: Den heutigen russischen Präsidenten Wladimir Putin gäbe es nicht ohne die Oligarchen der 1990er Jahre, und die hätte es nicht gegeben ohne Berater und Spekulanten aus dem Westen -

Angesichts der [Gräuel des Krieges gegen die Ukraine](#) braucht es nicht nur Solidarität mit den Opfern, sondern auch eine Analyse der Ursachen: Warum hat sich in Russland ein autoritäres, plutokratisches System entwickelt? Welche Rolle spielten der „marktreligiöse“ Zeitgeist und die daraus abgeleiteten Empfehlungen des Westens für eine verhängnisvolle Entwicklung, ohne die auch der gegenwärtige Krieg nicht zu verstehen ist: den Aufstieg der Oligarchen und den ihres Meisters, Wladimir Putin?

Die Vorgeschichte beginnt 1985, als Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU wurde. Er setzte auf schrittweise Erneuerung („Perestroika“) und Transparenz („Glasnost“), um gleichzeitig das Staatsganze zu bewahren. Sein Gegenspieler Boris Jelzin forderte hingegen raschere Radikalreformen. Im Juni 1991 wurde Jelzin zum russischen Präsidenten gewählt. Ihm gelang es, den Putsch gegen Gorbatschow im

August 1991 niederzuschlagen. Danach trat eine Teilrepublik nach der anderen aus dem Staatsverband aus. Im Dezember wurde die Sowjetunion aufgelöst.

.)Die Hungerkrise - Waffen oder Atomwaffen? - Es herrscht große Desorientierung :

Die Hungerkrise

Internationale Organisationen warnen vor Zuspitzung der globalen Hungerkrise durch den Ukraine-Krieg und die westlichen Sanktionen. Bereits jetzt nimmt der Hunger vor allem in Afrika zu.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8906>

Waffen oder Atomwaffen?

Die Ukraine ist zu einem imperialistischen Schlachtfeld geworden. Der Krieg markiert auch die Sackgasse systemimmanenter linker Politikbemühungen. Ein Kommentar

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163382.ukraine-krieg-waffen-oder-atomwaffen.html>

"Es herrscht große Desorientierung"

Alle schauen auf Frankreichs Rechte. Historisch sei aber, was links passiert, sagt der Philosoph Alain Badiou. Ein Gespräch über konfusen Aktivismus und große

Erzählungen. <https://www.zeit.de/kultur/2022-04/alain-badiou-frankreich-praesidentschaftswahl-interview>

.)P. Mishra (Indien) zu den Reaktionen auf den russischen Einmarsch: Ihr fördert die Paranoia und ermutigt Autokraten, genau den Weg einzuschlagen, den China geht:

<https://keys.openpgp.org/vks/v1/byfingerprint/FB312E9B3D8EC177F485D5F6781EA/AE71958FC77> - Dazu der Spiegel-Bericht unter diesem Link: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/DER-SPIEGEL.pdf>

.) Zeitgeschehen im Fokus : Vad zum Ukrainekrieg : https://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-7-8-vom-24-april-2022.html#article_1348 - «Jede

militärische Lösung führt in die Katastrophe!» «Es braucht eine politisch-diplomatische Lösung in der Ukraine» - mehr unter dem Link.

.) "AKWs sind hochkomplexe Anlagen, die für Friedenszeiten gebaut wurden – im Krieg gibt es keine Regeln mehr" :

<https://www.watson.de/nachhaltigkeit/interview/877693432-angriff-auf-akw-saporischschja-experten-zu-putins-nuklear-terror> -

.) Hamburger Volksini über Rüstungsexporte: <https://taz.de/Hamburger-Volksini-ueber-Ruestungsexporte/!5851442/> - „Waffen sind keine Lösung“, „Die „Volksinitiative gegen Rüstungsexporte“ startet in die zweite Phase. Sprecher Martin Dolzer zur Frage, ob es gerade die richtige Zeit dafür ist. Mehr unter dem Link.